Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 206 (1. Blatt) Sonnabend, den 3. September 1921 49. Jahrgang

Regelung der Lohnfrage im Bergbau.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage im Bergbau haben im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers stattgefunden und in später Abendstunde ihr Ende gefunden. Nach Ueberbrückung der verschiedenen Gegensätze gelang es, zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen, so daß man jetzt von einer völligen Entspannung der Lage, wenn eine solche bestanden hat, sprechen kann. Die Arbeitgeber haben ihren Standpunkt, an der reviermäßigen Regelung der Lohnfrage festzuhalten, durchgesetzt, nachdem der Standpunkt der Arbeitnehmer, von denen Vertreter aller Reviere anwesend waren, sich dem der Arbeitgeber angenähert hatte. Die Abmachungen haben eine Erhöhung der Löhne je nach den Revieren in der Höhe von 7,50 Mark bis 10 Mark ergeben. Für Westfalen wurde als Durchschnittssatz ein Lohnzuschlag von 10 Mark festgesetzt. Die Wirkung dieses Abkommens ist auf den 1. September festgelegt. Die Forderung der Arbeitnehmer, dem Abkommen eine rückwirkende Kraft ab 1. August zu geben, wurde abgelehnt, wie überhaupt der geforderte Satz von 12 Mark täglich Zuschlag durchgehende Ablehnung gefunden hat. Die geforderte Lohnerhöhung geschieht unter Voraussetzung der entsprechenden Erhöhung der Kohlenpreise. Ueber diese Erhöhung werden sich die zuständigen Verbände noch im Laufe dieses Monats schlüssig werden. Bei den ganzen Verhandlungen stand die Frage der Streikgefahr nicht im Vordergrund, da diese nicht bestanden hat und auch jetzt nicht bestehen dürfte.

Die Spannung zwischen dem Reich und Bayern.

In der Reichskanzlei fand zwischen dem Reichskanzler, dem bayrischen Gesandten von Preger, dem bayrischen Staatssekretär Schweyer und dem Führer der bayrischen demokratischen Partei Dr. Dietz über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern eine Besprechung statt, deren Ergebnis der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses mitteilen wird. Die Blätter glauben, daß die bayrische Regierung sich nicht auf einen absolut ablehnenden Standpunkt stellen würde, und daß ein Konflikt zwischen dem Reich und Bayern vermieden werden würde.

Der Reichskanzler erwiderte:

Die Reichsregierung sei von dem bayrischen Gesandten als eine Regierung bezeichnet worden, die nach links tendiere. Sei das etwa ein Tendieren nach links, wenn die Reichsregierung sich jederzeit schützend vor die weimarische Verfassung stelle? Wenn der Vorredner habe sagen wollen, daß sich die Reichsregierung von anderen als sachlichen Gründen leiten ließe, so müsse der Reichskanzler doch einiges bemerken. Selbstverständlich dürften außenpolitische Gesichtspunkte doch wohl nicht als unsachlich bezeichnet werden. Er erinnere an die Probleme in Oberschlesien und die Aufhebung der Sanktionen. Es sei wohl nicht unbescheiden, daß im Hinblick auf diese Punkte die Reichsregierung nicht ohne Erfolg gearbeitet habe. Es sei direkt beschämend, wie in Deutschland selbst durch Blätter von Ruf die deutsche Außenpolitik aus parteipolitischen Rücksichten sabotiert werde. Unerfindlich sei, daß sich zu gewissen nationalistischen Veranstaltungen an führender Stelle hervorragende Persönlichkeiten hergeben, die doch früher auch große politische Verantwortlichkeit zu tragen hatten und im Stande waren, die verderblichen Folgen ihres Tuns zu übersehen. Die Rede des bayrischen Gesandten habe eine gewisse Schärfe nicht vermissen lassen. Es sei hervorzuheben, daß der Reichskanzler in Deutschland kein anderes Land kenne, von dessen Vertretern bei allen Gelegenheiten immer wieder betont werde, die Reichseinheit sei durch dies oder das auf eine schwere Belastungsprobe gestellt. Sei denn wirklich Berlin an allen Spannungen schuld, die sich dort in Bayern ergeben? Was ihn selbst betreffe, so habe er sich stets ganz besonders bemüht, Bayern entgegen zu kommen. Er erinnere nur an die Behandlung der Beamtenfrage, an den Wiederaufbau des Bayrischen Lloyd und vieles andere. Was die Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes betreffe, so hoffe er, zu einer Verständigung mit der bayrischen Regierung zu kommen. Die Frage der Reichsexekutive wolle er nicht diskutieren. Vor dem Erlaß der neuen Verordnung sei Bayern nicht gefragt worden. Er übernehme aber dafür die volle Verantwortung. Diese Eile sei mit Rücksicht auf die politische Hochspannung nötig gewesen. Es gehe nicht an, daß man linksgerichtete Blätter unterdrücke und nach rechts alle Schleusen der Verhetzung offen lasse. Von der großen Erregung, die durch das deutsche Volk geht, habe er sich in den letzten Tagen persönlich überzeugen können. Wenn diese Erregung nicht beseitigt werde, könne es zu der Parole kommen: „Hie Bürgertum, hie Proletariat". Er wolle aufrichtige Verhandlungen versuchen, um jeden Konflikt zu vermeiden. Er bitte hierbei die bayrische Regierung um ihre Unterstützung.

Der bayrische Gesandte von Preger

führte u. a. aus: Was den Ausnahmezustand in Bayern anbetreffe, so sei bis heute noch kein Moment hervorgetreten, welches seine Aufhebung für angebracht erscheinen lasse. Erst vor acht Tagen wollte man in München eine gewaltige Demonstration, die nach dem der Regierung bekannt gewordenen Willen der Veranstalter dazu dienen sollte, die berechtigte Erregung der Massen über die durch Schieber und Wucherer hinaufgetriebenen Preise zum gewaltsamen Sturz der Regierung mißbrauchen. Wie man in diesem Augenblick die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern verlangen kann, wird in Bayern nicht verstanden. Auch aus schwerwiegendsten politischen Gründen dürfe die Reichsregierung nicht gegen den ausgesprochenen Willen der bayrischen Regierung zur Aufhebung der bayrischen Verordnung schreiten. Die Reichsregierung würde dadurch unter Umständen einen Verfassungskonflikt heraufbeschwören, dessen Tragweite sich in keiner Weise übersehen lasse. Wir Bayern waren bisher gewöhnt, nicht von Berlin, sondern von München regiert zu werden. Das bürgerliche Land und Volk in Bayern empfindet Maßnahmen, die von einer linksgerichteten Reichsregierung ausgehen und letzten Endes eine deutliche Spitze gegen die bayrische Landesregierung zeigen, als eine schwere Belastung. Ich möchte deshalb warnen, den Bogen nicht zu überspannen. Ich spreche es offen als Vertreter der bayrischen Regierung aus: Es war politisch unklug, die Verordnung vom 29. August über den Kopf der hauptbeteiligten Landesregierungen hinaus zu erlassen. Es wäre der Gipfelpunkt der Torheit, den Versuch zu machen, darüber hinaus die Verordnung über den Ausnahmezustand gegen den Willen der bayrischen Regierung aufzuheben. Nicht auf dem Wege des Diktats, sondern nur auf dem Wege der Verhandlungen wird es möglich sein, die Gefahr schwerer innerer Konflikte in einer für beide Teile erträglichen Weise zu lösen.

Das Verbot des „Miesbacher Anzeigers"

ist gestern an die bayerische Regierung gelangt. Diese hat daraufhin sofort das Wettererscheinen der Zeitung untersagt und 1500 Exemplare der gestrigen Nummer beschlagnahmt. Außerdem wurde der Satz einiger Leitartikel vernichtet. Die Redaktion des „Miesbacher Anzeigers" soll für die Dauer des Verbotes unter Kontrolle genommen werden und schließlich hat der Staatsanwalt gegen sie Anklage erhoben wegen groben Unfugs.

Am Donnerstag hatten die Reichsbehörden, Eisenbahn und Post, schon die verbotenen Blätter auch innerhalb Bayerns von der Beförderung ausgeschlossen, nachdem die Beamten erklärt hatten, daß sie sich weigern, die Beförderung zu übernehmen. Der „Miesbacher Anzeiger" fährt fort, die Reichsregierung zu verhöhnen. Er ist durch Kraftwagen nach München gebracht worden, wo er auf den Straßen massenhaft verkauft wurde. Die Parteigenossen sind daran, eine Organisation zu schaffen, die den Verkauf der verbotenen Blätter verhindern soll. Der Buchdruckerverband hat an Pöhner die Anfrage gerichtet, ob sich die Buchdrucker durch die Herstellung der verbotenen Blätter nicht strafbar machen. Der Polizeipräsident erklärt, für die Beantwortung nicht zuständig zu sein; dies sei der Staatssekretär. Der Staatssekretär erklärt aber, nicht er sei zuständig, sondern der Polizeipräsident.

Das Verbot gegen den Berliner Lokalanzeiger aufgehoben.

Wie das Wolffbüro hört, ist das Verbot des Berliner Lokalanzeigers und des Tag durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben worden. — Zur Aufhebung des Verbotes des B. L. teilt das Blatt mit, daß es gegen dieses Verbot sofort Vorstellungen erhoben und insbesondere darauf hingewiesen habe, daß es ihm fern lag, sich mit dem Inhalt des beanstandeten Münchener Privattelegramms zu identifizieren. Zudem habe der Miesbacher Anzeiger in dem Leitartikel des B. L. eine Charakterisierung gefunden, nach der unmöglich angenommen werden könne, daß die Redaktion des B. L. bei Wiedergabe der Münchener Meldung von einer gehässigen Absicht geleitet sei. In Würdigung dieses Tatbestandes habe der Reichsminister des Innern seine Verfügung zurückgezogen.

Zur Ermordung Erzbergers.

(TU) Die badische Staatsanwaltschaft in Offenburg teilt zu der Ermordung Erzbergers amtlich mit: Ueber die beiden Täter ist nunmehr endgültig festgestellt, daß sie vom Sonntag, den 21. August bis zum 28. August im Gasthause „Zum Hirten" in Oppenau unter dem offenbar falschen Namen Franz Riese, stud. jur. aus Düsseldorf, und Knut Bergen, cand. phil. aus Jena, logiert haben und am 26. August mit dem Zuge 6.46 Uhr Oppenau mit Fahrkarten 4. Klasse nach der Richtung Offenburg verlassen haben. Die Personalbeschreibung wird wie folgt ergänzt: Der Größere ist 25 bis 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlank, aufrechter Gang, rundes, gesundes Gesicht, Haar teils gescheitelt, teils zurückgestrichen, jedenfalls nicht kurz, kleiner Schnurrbart, oberer Rand des linken Ohres verstümmelt, vielleicht wird versucht, diesen Fehler durch Heftpflaster zu verdecken. Der Kleinere ist 25 bis 30 Jahre alt, etwas untersetzter als der Größere, aber noch schlank, Haare dunkler, jedenfalls nicht kurz. Auch die Gesichtsfarbe ist gesund, aber nicht so frisch wie bei dem andern. Kleiner Schnurrbart, quer über die Nase, etwa in halber Höhe, bläuliche strichförmige Narbe, kein Kneifer- oder Brilleneindruck. Die Täter trugen bei der Ankunft und Abfahrt in Oppenau dunkelblaue Straßenanzüge.

(TU) In der Sache des an dem Reichsminister a. D. Erzberger verübten Mordes hat das Amtsgericht Oberkirchen beschlossen, auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Offenburg Haftbefehl gegen Hirschfeld zu erlassen. Zugleich hat das Amtsgericht das Berliner Polizeipräsidium ersucht, den dort in Haft befindlichen Hirschfeld dem Amtsgericht Oberkirchen zuzuführen. Diesem Ersuchen ist gestern abend entsprochen worden.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

(TU) In der gestrigen Sitzung des Achterausschusses hat der Abg. Geheimrat Kahl namens der Deutschen Volkspartei erklärt, daß die Partei auf dem Boden der heutigen verfassungsmäßigen Staatsform stände und deshalb auch die Regierung unterstützen werde, wenn sie alle gesetzlichen Mittel anwende, um die Verfassung gegen Gewalt zu verteidigen. Er verlangte aber dabei Gerechtigkeit gegen rechts und links und verwahrte sich gegen das einseitige Verbot rechtsstehender Blätter. Die Erklärung des Geheimrates Kahl wurde von einigen Blättern als eine Aenderung der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Frage der Staatsform bezeichnet. Diese Auffassung ist, wie der Telegr.-Union von der Leitung der Deutschen Volkspartei mitgeteilt wird, unzutreffend. In der grundsätzlichen Auffassung der Volkspartei zu dieser Frage hat sich nichts geändert. Dagegen steht die Deutsche Volkspartei auf dem wiederholt von ihr und kürzlich von den Herren Campe und Stresemann erneut betonten Standpunkt, jede gewaltmäßige Lösung der Verfassungsfrage abzulehnen und jede etwaige Aenderung der Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege zu erstreben.

Deutsch-nationaler Parteitag.

Ueber die deutschnationale Politik im Reiche und Preußen sprach Donnerstag nachmittag Staatsminister Hergt. Die Regierung singe nur das Strenenlied von der Engelsgeduld. Dadurch werde das Volk abgestumpft und es gewöhne sich an die Knechtschaft. Heraus aus diesem Wahn! Die Revision des Friedensvertrages von Versailles bedeutet eine Weltmission. Von einer einmütigen Einheitsfront des deutschen Volkes wäre das Ultimatum der Entente hinweggefegt worden. Wenn die Regierung es wagen sollte, den Franzosen auch nur den kleinen Finger zu reichen, so würde dies scheitern an dem Willen des deutschen Volkes. Genau so sei es auch mit den Wiederaufbauverhandlungen Rathenaus. Außenpolitisch müsse unser Ziel die Revision des ganzen Friedensvertrages von Versailles sein. Der Aufbau Deutschlands und der ganzen Welt könne nur auf einer neuen Einigungsgrundlage erfolgen. Wir protestieren gegen den Ausnahmezustand gegenüber den Deutschnationalen und gegen die Ausschaltung der Exekutive der einzelnen Staaten. Die Regierung fordert durch ihre Verordnungen selber Gewalttaten. Nach einer kurzen Pause hielt Dr. Hilpert das Referat über: Unsere Arbeit in Bayern. Darauf ergriff Professor Spahn das Wort zu der bereits mitgeteilten Uebertrittserklärung vom Zentrum zur Deutschnationalen Partei. Auf Antrag des Staatsministers Wallraff wurde sodann eine Resolution einstimmig angenommen, in der der Parteitag, die Leitung und die Fraktion der Partei ersucht werden, unausgesetzt auf eine Klärung der Frage der Schuldigen am Weltkriege zu drängen. Nach kurzen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Behrens, des Staatsministers Dr. Helfferich, Prof. Fische-Breslau und des Reichstagsabgeordneten Westarp wurde die Versammlung auf Freitag vormittag vertagt.

In der Freitag-Sitzung teilte der Vorsitzende Staatsminister a. D. Hergt mit, daß der Vortrag von Prof. Dr. Hoetzsch über die deutsche Lebensfrage im Osten wegen der Abreise des Referenten ausfallen muß. Der Vortrag des Prof. Grube-München über die völkische Frage wurde einer besonderen Tagung überwiesen. Wir wollen damit zeigen, daß wir eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über diese Frage nicht zu fürchten haben. Chefredakteur Becker-Berlin sprach sodann über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. die er als ein Vorgehen bezeichnete, das jeden, der auf dem Boden des Rechtsstaates stehe, mit Bedauern und Unruhe erfüllen muß. „Tag" und „Lokalanzeiger" sind verboten, nur die „Rote Fahne" darf erscheinen. Durch die Verordnung wird das ordentliche Recht verhöhnt. Man geht auf die Schaffung einer Parteijustiz aus. Der Redner wandte sich an die Reichsregierung mit der Aufforderung, den ersten Schritt zur Sowjetordnung in Deutschland wieder rückgängig zu machen. Es wurde sodann eine Entschließung angenommen, in der aufs schwerste die Mordtat an Erzberger verurteilt wird. Die deutschnationale Partei weist die gegen sie gerichtete verlogene Hetze zurück und richtet an ihre Mitglieder die Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen. Sie legt schärfste Verwahrung ein gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und die Maßnahmen der Reichsregierung. In der Schaffung von zweierlei Recht erblicken wir eine Gefährdung für Verfassung und Recht. Die Partei wird mit der Anwendung aller gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mittel gegen die Regierungsmaßnahmen ankämpfen. Prof. Dr. Braun städt sprach dann über die völkisch-nationale Erneuerung. Paula Müller-Otfried berichtete über die Mitarbeit der Frauen bei der Erneuerung unseres Volkes. Abg. Walbrab gab sodann einen Ueberblick über die Vorgänge in der Grenzmark. Dann trat eine Mittagspause ein. Reichstagsabgeordneter Rösicke berichtete dann über die Tätigkeit des Ausschusses und überbrachte die Grüße der deutschen Landwirtschaft. In längeren Ausführungen wandte sich dann der Redner gegen die Vorwürfe, die von gegnerischer und besonders von der linken Seite erhoben worden sind. Die Brotpreiserhöhung sei nicht durch die Preissteigerung des Getreides verursacht worden. Der Redner richtete die dringende Aufforderung und Mahnung an die Landwirte der Partei, Angebote von Aufkäufern rücksichtslos zurückzuweisen. Er richtete weiter an die Landwirte die dringende Aufforderung, jede Ablieferung der Getreideumlage voll auszuführen. Dann sprach der Reichstagsabgeordnete Eberle über Wiederaufbau und Mittelstand. Landgerichtsrat Jeme-Berlin empfiehlt eine Erneuerung unseres deutschen Rechtes, damit wir ein deutsches Recht im nationalen Sinne erhalten. Kapitän Kresewetter-Hamburg trat für die schwarz-weiß-rote Fahne ein. Prof. Norterhof-Hamburg weist darauf hin, wie wichtig es sei, die Seele der Jugend für das deutsche Sache zu gewinnen. Um 6 Uhr wurden die Verhandlungen auf Sonnabend vormittag 9 Uhr vertagt.

Erregte Szenen in der Stettiner Stadtverordnetenversammlung.

(TU) Zu erregten Szenen kam es gestern in der Stettiner Stadtverordnetenversammlung. Als der Stadtverordnetenvorsteher über die Ueberreichung der Ehrenurkunde an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg Mitteilung machte, erhob sich bei der Linken des Hauses Widerspruch, besonders gegen die Fahrt der Stadtverordneten nach Groß-Justin. Der Redner der Unabhängigen bezeichnete Hindenburg als Massenmörder und der der Kommunisten suchte seinen Vorredner noch in Kraftausdrücken zu übertreffen. Bei der allgemeinen Erregung beantragten die Unabhängigen, den Generalfeldmarschall von Hindenburg von der Liste der Ehrenbürger der Stadt zu streichen. Der Antrag wurde schließlich von der Tagesordnung abgesetzt, doch wollen die Unabhängigen ihn zur nächsten Sitzung wieder einbringen.

Zwischenfälle in Heidelberg.

Bei den Kundgebungen am Donnerstag kam es zu einigen Zwischenfällen. Vor dem Gefängnis, das zurzeit keinen politischen Gefangenen, aber Schwerverbrecher, wie Siefert, beherbergt, verlangte die Menge die Freilassung der Gefangenen. Starke Sicherheitsposten hielten die Tore besetzt. Arbeiterführer beruhigten die Menge. Ihrem Eingreifen verdankt auch die badische Post, in deren Gebäude die Demonstranten eindringen wollten, daß lediglich die Türscheibe eingedrückt wurde. Während des Demonstrationszuges am späten Abend schlugen junge Burschen mit Stangen die Ladenschilder, besonders die der Hoflieferanten, herab.

Tagesereignisse.

— **(Die Umbildung der preußischen Regierung.)** Im Laufe des gestrigen Tages hatte der Reichstagspräsident Leinert Besprechungen mit dem Reichspräsidenten und dem Ministerpräsidenten Stegerwald über die Frage der Umbildung der preußischen Regierung. Ueber das Ergebnis dieser Besprechungen ist Näheres noch nicht bekannt. Was die Frage der etwaigen früheren Einberufung des Landtages betrifft, so besteht in parlamentarischen Kreisen vielfach der Wunsch, das preußische Parlament vor dem 28. September einzuberufen.

— **(Erhöhung der Bezüge der preußischen Beamten.)** Im preußischen Landtage hat die Zentrumsfraktion folgenden Antrag eingebracht: Infolge der ungeheuren Teuerungsverhältnisse ist den Reichsbeamten, Arbeitern, Pensionären usw. seitens der Reichsregierung Erhöhung ihrer Bezüge in sichere Aussicht gestellt worden. Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, den preußischen Beamten, Lehrern, Geistlichen, Staatsbeamten, außer planmäßigen Angestellten, Pensionären aller Art usw. Erhöhung der Teuerungszulagen usw. vom gleichen Tage ab wie den Reichsbeamten zu zahlen und auf die Selbstverwaltungskörper einzuwirken, in der gleichen Weise vorzugehen.

— **(Das Uniformverbot.)** Amtlich wird gemeldet: Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichskanzler mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Leichenbegängnissen bei Kameraden erteilt.

— **(Eine englische Kabinettssitzung.)** Lloyd George hat die irische Antwort, die Donnerstag in Gairloch (Schottland) übergeben wurde, den Ministern zur Kenntnis übersandt. Im Hinblick auf den Ernst der Lage wird Lloyd George eine Kabinettssitzung auf nächsten Mittwoch in Inverneß einberufen. Lloyd George wird dem König, der sich in der Nähe von Inverneß aufhält, einen Besuch abstatten.

Westfalen und Rheinland.

Denkmalspflege und Heimatschutz.

Von Stadtbauführer Hausbuer, Kamen.

Kamen, 1. Sept. Schon im vorigen Jahrhundert hat der preußische Staat Maßnahmen getroffen, um die Baudenkmäler des Landes unter seinen Schutz zu stellen. Neben dieser staatlichen Denkmalspflege ist seit einigen Jahren jene große Bewegung entstanden, die wir Heimatschutz nennen.

Er bezweckt nicht allein die großen Bauwerke und künstlerischen Ausführungen der Architektur zu schützen, sondern er will auch einwirken auf die Gestaltung der Bauordnungen und Bebauungs- und Fluchtlinienpläne im Sinne künstlerischer Anschauungen, mitwirken bei der Schaffung von maßgebenden Grundlagen für die ästhetische Gestaltung eines Ortes und anregen zum Wetteifer in der Errichtung entsprechender, in das Ortsbild gut passender Bauten.

Diese Bestrebungen haben einen großen Rückhalt in dem Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften vom 15. Juli 1907 gefunden.

Nach § 1 dieses Gesetzes ist die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Aenderungen zu versagen, wenn dadurch Straßen oder Plätze der Ortschaft oder das Ortsbild gröblich verunstaltet würden.

Auf Grund dieses Paragraphen ist die zuständige Behörde berechtigt, der Ausführung eines Baues, der eine gröbliche Verunstaltung des Ortsbildes herbeiführen würde, die baupolizeiliche Genehmigung zu versagen.

Die Vorschriften der übrigen Paragraphen dieses Gesetzes werden erst wirksam durch ein den Eigentümlichkeiten des Ortes angepaßtes Ortsstatut.

So kann nach Absatz 1 des Paragraphen 2 durch Ortsstatut für bestimmte Straßen und Plätze von geschichtlicher und künstlerischer Bedeutung vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten oder baulichen Veränderungen zu versagen ist, wenn dadurch die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes beeinträchtigt werden würde. Dieser Absatz hat den Zweck, die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes dadurch zu schützen, daß Bauten, welche diese Eigenart sehr beeinträchtigen würden, nicht zur Ausführung gelangen dürfen, sondern nur solche, welche der Oertlichkeit, dem Straßenbilde gut angepaßt sind. Unter Eigenart des Orts- oder Straßenbildes kann man zum Beispiel einen Marktplatz verstehen, der von alten, eigenartigen Bauten umgeben ist. Ein lückenweises Herausschneiden einiger Gebäude aus diesem, das Rathaus oder eine Kirche umgebenden Kranze von alten Häusern würde eine Beeinträchtigung der Eigenart dieses Städtebildes sein. Ferner sind nach Absatz 1 des Paragraphen 2 Häuser einer Straße zu schützen, die geschichtliche, d. h. kultur- und kunstgeschichtliche Bedeutung haben. Ich rechne hierzu die hiesige Paulinskirche mit ihrem ehrwürdigen schiefen Turmhelm. Ein wie schönes Bild bieten ferner einige Bürgerhäuser wie z. B. der Schützenhof, das Neffsche Haus am Kirchplatz, das Gorissche Haus in der Bahnhofstraße usw.

Das Gesetz sagt weiter im Paragraph 2:

Wenn die Bauausführung nach dem Bauentwurfe dem Gepräge der Umgebung der Baustelle im wesentlichen entsprechen würde und die Kosten der trotzdem auf Grund des Ortsstatuts geforderten Aenderungen in keinem angemessenen Verhältnisse zu den dem Bauherrn zur Last fallenden Kosten der Bauausführung stehen würde, so ist von der Anwendung des Ortsstatuts abzusehen.

Diese Bestimmung will offenbar die Anwendung einer übergroßen Härte dem Besitzer eines bedeutenden Bauwerkes gegenüber vermeiden, der neben der Einschränkung seiner Bauabsicht auch noch große Kosten aufwenden soll, die in keinem Verhältnis zu dem stehen, was durch dieselben erreicht wird. — Unter Umständen wird zum Erwerb eines solchen Bauwerkes geschritten werden müssen oder man wird dem Bauherrn Mittel zu einer sachgemäßen im Stile des Bauwerkes gehaltenen Lösung an Hand geben müssen, wie es zum Beispiel in Dortmund, Münster und anderen Städten geschehen ist.

Nach Paragraph 3 kann durch Ortsstatut vorgeschrieben werden, daß die Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen, Aufschriften und Abbildungen der Genehmigung der baupolizeilichen Behörde bedarf, und daß die Genehmigung bei einer gröblichen Verunstaltung des Ortsbildes zu versagen ist.

Die Vorschrift dieses Paragraphen wird sicherlich von jedermann gutgeheißen werden, denn jeder mit Schönheitssinn begabte Mensch muß Ärgernis über die Verunstaltung empfinden, die viele Gegenden unseres deutschen Vaterlandes durch Reklameschilder, Aufschriften und Abbildungen erhalten haben. Ueberall, in Städten und Dörfern, an Straßen und Flußufern sieht man gräßliche Plakate in schreienden Farben und riesigen Dimensionen.

Gemäß Paragraph 4 können durch Ortsstatut für die Bebauung bestimmter Flächen, wie Landhausviertel, besondere über das sonst baupolizeilich-zulässige Maß hinausgehende Anforderungen gestellt werden. Auch für unsere Stadt ist die Festsetzung solcher Flächen sehr zu empfehlen.

Leider findet man in unserem schönen deutschen Vaterlande vielfach noch nicht das nötige Verständnis und Entgegenkommen für die Bestrebungen der Denkmalspflege und des Heimatschutzes. Viele Gemeinden zögern mit der Aufstellung von Ortsstatuten, verweigern dieselben sogar.

Die alte überlieferte Bauweise wird leider vielfach verachtet. An Stelle der alten schlichten Wohnhäuser, die unser Auge durch ihre einfache und schlichte Formenschönheit erfreuen, sind vielfach öde, kahle Mietskasernen getreten, die mit jammervollen Erkern, Balkonen und haltlosen, unnütze Kosten verursachenden Verzierungen und Türmchen aus Zink oder Zement in übertriebener Weise verputzt sind. Man denke ferner an die Dächer, die in drei bis fünf verschiedenen, schachbrettartig zusammengestellten Farben mit Namen und Jahreszahlen zwischen alten Strohdächern und bemoosten Schieferdächern in die Landschaft hinausschreien. Nicht zu vergessen sind auch unsere alten sowohl in Form und Farbe vorbildlichen Fachwerksbauten. Leider hat schon manche unberufene Hand diese Bauten durch einen Verputz des Holzwerkes verunstaltet, um einen massiven Bau vorzutäuschen. Auch in unserer Stadt hat diese Unsitte vielfach platzgegriffen.

Besonderen Schutz bedürfen ferner die Naturschönheiten; namentlich die hervorragenden Naturdenkmäler aus der Baum- und Felsenwelt. Nicht zu unterschätzen ist, was in einem Städte- oder Landschaftsbilde ein einzeln stehender Baum mit mächtiger Krone oder eine Gruppe alter Bäume sowie eine hervorragende Felsgruppe bedeuten. Sie verleihen häufig einem Landschaftsbilde ein ganz besonderes charakteristisches Gepräge.

Auch unsere Friedhofsanlagen bedürfen eines besonderen Schutzes. Leider nur noch wenige schöne Beispiele alter Friedhofskunst sind in unserem Vaterlande vorhanden. Wie eigentümlich berühren uns die meisten in neuerer Zeit entstandenen regelmäßigen Friedhofsanlagen. Diese Anlagen, welche doch der Ruheplatz der Abgeschiedenen, das heilige Gefilde, in dem sie im Frieden gebettet sind, sein sollen, sind vielfach der Sammelplatz protzenhafter und das künstlerische Auge verletzender Produkte geworden. Die Grabmäler sowohl in Stein, Holz und Eisen sind Dutzendware geworden und übertrumpfen sich gegenseitig an Form- und Geschmacklosigkeit. Ich denke hierbei auch an die hoch aufgeworfenen Erdhügel, die schweren Einfassungen aus Stein mit ihren oft zwecklosen Eisengittern, die die Grabstelle vollständig abschließen und ziehe zum Vergleich die alten Gräber heran mit ihren kaum merklichen Spuren einer Bodenbewegung, dem flachen Rasen, aus dem das Kreuz hervorstrebt mit seinen bescheidenen Abmessungen, seinen kurzen Inschriften, die meistens nur in Namen, Stand, Geburts- und Sterbetag alles verkünden von dem, der hier bestattet ist.

Die Bestimmungen des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortschaften werden vielfach drückend empfunden, aber mit Unrecht. Der Staat beabsichtigt durch dieses Gesetz nur wieder anzuknüpfen an die gesunde Bauweise früherer Zeit, den Bauten in den mittleren und kleineren Städten ein schlichtes bürgerliches Gepräge zu geben und auf den Dörfern die alte heimatliche Bauweise weiter zu beleben und zu fördern, wie sie das bäuerliche Selbstbewußtsein unter Benutzung heimischer Baustoffe ebenso praktisch wie eigenartig in früheren Zeiten ausgeführt hat.

Mögen diese Ausführungen dazu dienen, auch in unserer Stadt die idealen Bestrebungen für Denkmalspflege und Heimatschutz zu fördern und zu einer freudigen Unterstützung derselben seitens aller Volksklassen veranlassen.

*

Kamen, 3. Sept. (**Verschiedenes.**) Zur Vermeidung von **Falschverbindungen im Fernsprechverkehr** ist es unbedingt notwendig, beim Abnehmen des Fernhörers **deutlich in den Sprechtrichter** zu sprechen, d. h. deutlich, aber nicht zu laut, in den Sprechtrichter hinein, aber **nicht daran vorbei** und nicht mit der Stirn oder dem Kinn im Trichter, und zu sprechen, aber nicht zu lispeln oder zu stammeln. Allerdings sind die Beamtinnen an das Unglaublichste hierin gewöhnt. Beim Aussprechen der Anschlußnummer wolle man die Regeln des Teilnehmerverzeichnisses beachten. Man lese immer und immer wieder diese Regeln nach, gewöhne sich die empfohlene Zerlegung und Aussprache der Zahlen an und man wird finden, wie überraschend wenig Falschverbindungen vorkommen. Die Beamtin wiederholt in jedem Falle die verlangte Anschlußnummer; man achte aber auch darauf und berichtige sie, wenn nötig; das muß aber schnell geschehen! Gelingt es nicht, hänge man sogleich ein, warte und rufe neu an.

*

Die Kamener Sparkasse im Monat August.

Der Abschluß des Monats August zeigt wiederum einen regen Geschäftsbetrieb. Die Spareinlagen betragen 1 646 707,82 Mk., die Rückzahlungen 1 897 162,53 Mk. Im Scheck- und Kontokorrentverkehr belaufen sich die Einnahmen auf 3 330 595,60 Mk., die Ausgaben auf 3 521 426,88 Mk. Der Gesamtumsatz beziffert sich auf 12 919 902,49 Mk. Die Zahl der Buchungsposten beträgt 3073. Die Einlagen weisen im letzten Monat einen erheblichen Rückgang nach, welcher sich wohl lediglich auf die augenblicklich schwellenden Teuerungsverhältnisse zurückführen läßt. Der Scheckverkehr zeigt in seinen Zahlen wieder seine lebhafte Bewegung und fortschreitende Ausdehnung. Bedauerlicherweise wird in Bezug auf den bargeldlosen Verkehr noch viel zu viel gefehlt. So mancher Kaufmann, Gewerbetreibende, Handwerker und Privatmann bedient sich heute noch der unmodernen Zahlungsform, der Bargeldzahlung, während ihm die Begleichung seiner Verpflichtungen durch handschriftliche Anweisung von seinem Schreibtisch aus die bequemste und zeitsparendste Zahlungsmethode sein dürfte. Die Sparkasse ist gern bereit, jedem, der sich noch nicht mit den Vorzügen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs vertraut gemacht hat, Auskunft zu geben. — Der Umbau des neuen Sparkassengebäudes hat die Ausstattung von Einrichtungen eines neuzeitlichen Sparkassenbetriebes mit sich gebracht. So ist die Sparkasse bereits zur Vermietung von eisernen Schrankfächern übergegangen. Die Fächer können in beliebiger Größe gemietet werden. Ein solches Schließfach ersetzt dem kleinen Mann den Geldschrank. Die Mietung eines Faches kann jedem, der seine Wertsachen, seien es Papiere oder Gegenstände, gesichert wissen will, nur empfohlen werden. Die Mietzeit ist eine monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche; für Reisezwecke also eine große Annehmlichkeit. Die Besichtigung der Fächer gestattet die hiesige Sparkasse gern. Ferner ist die Sparkasse zum An- und Verkauf von Wertpapieren übergegangen. Die täglichen Kursstände der Effekten können in der Scheckabteilung eingesehen werden.

*

(**Die diesjährige Kartoffelernte.**) Anläßlich einer in Jena veranstalteten Zusammenkunft pommerscher und mitteldeutscher Kartoffelhändlerverbände wurde festgestellt, daß **die diesjährige Kartoffelernte nicht so schlecht ausfalle, wie allgemein behauptet wird.** Es sei sogar **eine gute Mittelernte zu erwarten.** Jedenfalls verfüge der pommersche Markt über große Bestände.

Ehre der Arbeit.

Wer den wucht'gen Hammer schwingt,
Wer im Felde mäht die Aehren;
Wer ins Mark der Erde dringt;
Weib und Kinder zu ernähren;
Wer stromauf den Nachen zieht;
Wer bei Woll und Werg und Flachse
Hinterm Webestuhl sich müht,
Daß sein blonder Junge wachse;
Jedem Ehre, jedem Preis!
Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge! — Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen.

Ferdinand Freiligrath.

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

18. Fortsetzung.

7. Kapitel.

„Werneburgs sind wieder da", sagte die Aelteste von den drei Töchtern des Amtsgerichtsrats v. Wiedebach in Kirdorf und warf ihren Strohhut auf den Küchentisch. Frau v. Wiedebach sah vom Möhrrübenschaben auf, ihre Finger waren schwarz und naß, aber sie fuhr sich trotzdem achtlos damit über das erhitzte Gesicht.

„Wie lange waren sie eigentlich fort?"

„Beinahe drei Jahre, glaube ich."

„Hast du sie gesehen?"

„Nein", entgegnete Susanne. „Ich hörte es bei Meiers im Laden, und den Reitknecht sah ich, der einen Fuchs im Damensattel ritt."

„Na, das ist ja alles Mögliche: Fräulein Lore Werneburg wird im Damensitz reiten. Sie war doch sonst mehr fürs Männliche!"

„Gott, Mutter, laß sie doch reiten wie sie will!" Suse zuckte nachlässig die schmalen Schultern und band sich auch die Küchenschürze vor.

„Was geht es uns schließlich an? Wir werden uns mal Besuch machen und uns zum Tee einladen, aber daß wir intime Freunde werden, das bezweifle ich."

„Nein, Suse, das ist Unsinn. Es geht uns sehr wohl an!" Frau Amtsgerichtsrat ereiferte sich. „In einer großen Stadt kann meinetwegen jeder machen, was er will, und wozu er Lust hat, aber in einer kleinen Stadt muß die gute Gesellschaft zusammenhalten. Wer sich da absichtlich außerhalb stellt und sich unpassend benimmt, den muß man es fühlen lassen und wenn's nicht anders geht, muß Papa auch mal den Mund aufmachen."

Das junge Mädchen unterdrückte eine spöttische Bemerkung, dann sagte es mit mühsam verhaltener Erregung: „Ja, aber Mama, wo fängt denn „unpassend" an und wo hört das Passende auf? Als meine Freundin hier war, die im geschlitzten Rock ging, habt Ihr alle Zeter geschrien — und als ich in Berlin mit meinen altmodischen Fahnen herumlaufen wollte, da fanden die dort es „unpassend für ein Fräulein von Wiedebach", so hinter jeder Mode zurück sein." Suse zuckte wieder die Achseln und bitterer Spott lag um den schmalen Mund, als sie hinzusetzte: „Es ist eben alles relativ."

Frau von Wiedebachs Augen musterten die Tochter mit scharfer Mißbilligung. „Ich weiß nicht, Suse", sagte sie ärgerlich, „Du hast, seit du in Berlin warst, so was anderes an dir, als wir hier gewohnt sind, so was — Tolerantes möchte ich sagen."

„Ach, Mutter, laß mich doch sein wie ich will!" Es klang sehr müde. „Ich bin eben älter geworden, und habe gesehen, daß unsere Ansichten hier in Kirdorf auch nicht immer die richtigen sind, daß wir manches falsch beurteilen, weil wir keine Gelegenheit zum Vergleichen haben."

„Liebes Kind, gute Sitte und Anstand sind überall das Gleiche, darüber gibt es einfach keine zweierlei Meinungen — und daß die Lore Werneburg und ihr Vater sich weder an das eine noch an das andere gekehrt haben, darauf wirst du dich ja wohl auch noch besinnen."

Suse schwieg. Wozu streiten, wenn auf der einen Seite der unerschütterbare Wille zum Vorurteil festsaß. Ganz heimlich erhoffte sie sich von der Ankunft der Werneburgs doch ein wenig Abwechselung und Anregung für ihr stilles Leben, das mit häuslichem Kleinkram, mit ein paar Unterrichtsstunden an zurückgebliebene Backfische, mit Sonntagsschule und den üblichen Tees und Abendgesellschaften für das alternde Mädchen von Jahr zu Jahr trübseliger zu werden drohte.

Aehnlich wie bei Amtsgerichtsrats, war die Stimmung gegen Werneburgs in allen der „Gesellschaft" angehörenden Familien in Kirdorf. Man nahm mit großer Befriedigung davon Kenntnis. Sie sind wieder da! Erwartete jedoch mit mehr Neugier und zum Tadel bereiter Spannung, als mit echter Anteilnahme das Erscheinen der beiden Damen und erging sich bis auf weiteres in ganz phantastischen Vermutungen über die voraussichtlichen Streiche und Tollheiten der „wilden Lore", deren Kindereien von früher sich in der mündlichen Ueberlieferung zu erstaunlichen Dummheiten vergrößert und vergröbert hatten.

Die beiden, die dies Gerede am meisten anging, wußten nichts davon, oder, wenn sie es ahnten, so kümmerten sie sich nicht darum.

Die Villa Werneburg lag außerhalb der Stadt an einer ziemlich steil aufsteigenden, breiten Chaussee, von der eine Pappelallee seitlich zur Auffahrt des schönen Besitzes führte. Das Haus, ein zweistöckiger, schlichter, sehr geräumiger Bau, wurde von einem Halbkreis prachtvoller Kastanien beschattet, die es zur Blütezeit mit ihren rosa und weißen Kerzen von oben bis unten einhüllten und illuminierten. Eine kleine Säulenhalle ermöglichte eine gedeckte Auffahrt, große, blumengefüllte Vasen auf niedriger Steinmauer wiesen den Weg zu den hinter Buschwerk versteckten Stallungen und Wohnungen der beiden Kutscher und des Gärtners. Hinterm Hause zog sich ein kleiner Buchenwald, der mit vieler Sorgfalt und großem Aufwand zu einem reizenden Park umgeschaffen worden war, bis zu dem Flüßchen hinunter, an dem Kirdorf lag. Die Badeanstalt, die ihr so bittere Erinnerungen wecken mußte, war auf Frau Werneburgs Wunsch während ihrer Abwesenheit entfernt worden. Aus dem verkleinerten Becken schickte ein Springbrunnen seine Wassersäule hoch und gab dem unter Buchen versteckten Platz wunderbolle Kühlung. Lore ließ sich denn auch sehr bald einige bequeme Korbmöbel dorthin schaffen und konnte stundenlang, ganz im Gegensatz zu früher, lesend und träumend in ihrem „Verbannungswinkel" ihren Gedanken nachhängen . . . dem Spiel der Wasser, ihrem Steigen und Fallen zuschauen.

Die Ereignisse der italienischen Reise hatten eine bedeutsame Wandlung in dem jungen Mädchen vollzogen. Die Aussprache zwischen Mutter und Tochter, die jenem unheilvollen Morgen auf Capri folgte, legte den Grund dazu. Frau Werneburg hatte ihre Tochter nicht mit Fragen bestürmt und gequält. Nur in mancher stillen Stunde zu Zweien, die Lore nicht mehr mied, ließ sie sie tief in ihr eigenes Leben, in ihre Ehe mit Lores Vater, hineinblicken. Ganz unmerklich führte sie die junge Seele dazu, das Vertrauen voll zu erwidern, mit dem die Aeltere sie wie eine Freundin ehrte. Sie war nicht enttäuscht worden, Lores offene Beichte, die sich selber in keiner Weise schonte, sich rücksichtslos zu ihrer eigenen haltlosen Schwäche bekannte, erfüllte die Mutter mit tiefem Schrecken vor der Gefahr, in der ihr Kind geschwebt hatte. Sie konnte sich selber nicht von Vorwürfen freimachen und empfand es als eine sie beschämende Strafe, daß gerade die kleine Französin, die ihr damals wenig angenehm gewesen war, durch ihre spontane Eifersucht zum Schutzengel des unbesonnenen Kindes werden mußte. Nur in zwei Punkten konnten Mutter und Tochter sich nicht einig werden; Frau Werneburg wollte das Bild verbrennen, doch Lore sagte: „Laß es mir als Memento an meinen törichten Leichtsinn!" und warf es in einen alten Sekretär, der in der Bibliothek stand. Und in der zweiten Frage setzte Lore ebenfalls ihren Willen durch; sie litt nicht, daß die Mutter an Herrn von Liedenfeld schrieb.

„Ich liebe ihn nicht, Mutter, glaube es mir doch. Er war nur wie ein Bruder für mich, einzig und allein meine Hilflosigkeit ließ mich kurze Zeit glauben, ich empfände mehr für ihn. Es würde ihm nur neue Enttäuschungen bringen, wenn du ihm schreibst. Seine Liebe zweifelte fortgesetzt an mir, ich habe das oft halb unbewußt gespürt. Sie war nicht stark genug, zu vertrauen, sie fragte ja nicht einmal, ob sie verdammte. Stolz und Standeshochmut waren stärker in ihm."

„Wie klug du geworden bist!" seufzte die Mutter und ließ den Blick liebevoll auf der seltsam gereiften Schönheit ihrer Tochter ruhen.

Es war nicht zu leugnen, sie war geradezu eine Schönheit geworden, die Lore Werneburg, ganz Kirdorf erkannte es mit Staunen und heimlichem Neid. Und wartete in einer gewissen Ungeduld auf den ersten „tollen Streich", den ersten Anlaß, die Vielbesprochene nach Herzenslust tadeln zu dürfen. Doch Lore wurde zur Enttäuschung. Es geschah nichts. Mutter und Tochter lebten sehr still, man sah sie eigentlich nur bei ihren regelmäßigen Ausfahrten, die jedoch das Innere der reizlosen kleinen Fabrikstadt möglichst vermieden, und konnte Lore häufig auf ihrem Goldfuchs bewundern, der seine schöne Last stolz und zierlich durch die Felder und Waldwege der Umgebung trug.

(Forts. folgt.)

MAGGIs Würze in Originalflaschen

Man verlange ausdrücklich **MAGGIs** Würze.

mit Würzesparer ermöglichen sparsamste Verwendung. **Vorteilhafteste Größe Nr. 6 mit Plombenverschluß.** Aus dieser füllt man das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat auser Geldersparnis noch die **Garantie der Echtheit.**

11619 3731

Von beteiligten Kreisen sind die Polizeiverwaltungen darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Bestimmungen des § 15a der Gewerbeordnung, wonach Gewerbetreibende, die einen öffentlichen Laden haben oder Gast- oder Schankwirtschaft betreiben, verpflichtet sind, ihren Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen an der Außenseite oder am Eingang des Ladens oder der Wirtschaft in deutlich lesbarer Schrift anzubringen, vielfach nicht erfüllt werden. Die Geschäftsinhaber werden auf die Beachtung dieser Bestimmung nochmals hingewiesen. Die Polizeibehörden sind angewiesen, die Durchführung scharf zu überwachen.

(Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft.) Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt die erwartete Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker der neuen Ernte. Für Zucker der Ernte 1920 bleiben noch einige Vorschriften der Zuckerverordnung als Uebergangsvorschriften bestehen. Im Zusammenhang mit der Aufhebung für Zuckerzwangswirtschaft werden auch die Verordnungen über Kunsthonig zum 1. Oktober und die Verordnungen über den Verkehr mit Süßigkeiten vom 15. Oktober aufgehoben. Die Ein- und Ausfuhr von Zucker bleibt verboten.

Die Zentrumspartei veranstaltet am kommenden Sonntag 4 Uhr eine Gedächtnisfeier und Protestkundgebung im Saale des Herrn Neff. Es gilt, ein kraftvolles, offenes, ernstes Wort zu sprechen, das all den Volksteilen gelten soll, die da glauben, durch feige Mordtaten die heutige Staatsform beseitigen zu wollen. Es gilt aber auch unsern Dank darzubringen all den großen Führern, welche uns in den letzten Wochen durch den Tod entrissen wurden. Undankbar ist, wer am Sonntag nicht erscheint!

(Zur Demonstration auf dem Marktplatz.) Der Vorstand der hiesigen Zentrumspartei legt Wert auf folgende kurze Berichtigung: In Nr. 204 vom 1. September schreibt die Kamener Zeitung: „Zu einer Demonstration aus Anlaß der Ermordung Erzbergers hatten die sozialistischen Parteien, die demokratische Partei und die Zentrumspartei aufgerufen." Richtig ist, daß der Vorstand der Zentrumspartei des Deutschen Reiches zu Kundgebungen aufforderte. Aber der hiesige Ortsvorstand und somit die Zentrumspartei von Kamen hatte mit obiger Demonstration nichts zu tun. Wie aus dem Bericht hervorgeht, sprach Herr Eggert im Namen der christlichen Arbeiterschaft. Einer solchen Resolution, wie sie auf dem Marktplatze gefaßt worden ist, hätte das Zentrum in ihrem vollen Umfange nie und nimmer zustimmen können.

Westick, 3. Sept. Die Bauten der in der Nähe der Schulen in Kaiserau gelegenen Siedelung wachsen schnell aus dem Erdboden empor. Hoffentlich bieten sie noch vor Winters Anfang wenigstens einigen der vielen Wohnungsuchenden ein gemütliches Heim.

× **Oberaden**, 3. Sept. **(Schadenfeuer.)** Donnerstag nachmittag um ½5 Uhr entstand, wie es scheint, durch spielende Kinder, in dem in Oberaden an der Chaussee gelegenen Einwohnerhaus des Herrn Klusemann Feuer. Trotz der energischen Anstrengungen der Feuerwehr brannte das Fachwerkhaus bis auf den Grund nieder. Mehrere Familien haben durch das traurige Ereignis ihre Wohnung verloren, das Mobiliar wurde gerettet. — Auch den Besitzer trifft empfindlicher Schaden, denn er hatte vor einiger Zeit bei der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft die Erhöhung der Versicherungssumme beantragt und erwartete schon seit einigen Tagen den Taxator der Versicherung. Jetzt kommt natürlich die Auszahlung der Friedensversicherung in Frage. Diese Tatsache sollte allen zu denken geben, die ihr Haus und Mobiliar noch zu den alten Vorkriegszeiten versichert haben.

Massen, 3. Sept. **(Blitzschlag.)** Während des letzten hier niedergegangenen Gewitters schlug der Blitz in ein Gebäude in der Wasserkurlerstraße, ohne zu zünden. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend.

Massen, 3. Sept. **Aus Unvorsichtigkeit** wurde vor einer Wirtschaft in der Hellwegstraße ein Zigarrenstummel in ein Lastauto geworfen, aus dem plötzlich die hellen Flammen schlugen. Die Zigarre hatte die in der Nähe des Benzinbehälters liegenden Putzlappen getroffen und diese angefacht. Durch das schnelle Eingreifen des Führers wurde ein Schaden verhütet.

Dortmund, 2. September. **(Verschiedenes.)** Gestern vor 50 Jahren wurde das hiesige Eisen- und Stahlwerk Hösch gegründet. Der Magistrat und die Handelskammer sprachen dem Werke aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens ihre Glückwünsche aus. — In dem Lehmberge des Ziegeleigrundstücks der Zeche Minister Stein an der Deutschenstraße wurde der Schüler Eduard Kurek durch abstürzende Erdmassen verschüttet. Er konnte nur als Leiche aus den Erdmassen herausgezogen werden. — In dem Chemikalienlager Auf dem Berge 25 brach ein Brand aus, der jedoch nach kurzer Zeit gelöscht werden konnte. — Gestern abend gegen 7.30 Uhr wurde auf den Personenzug 283 Bochum—Dortmund, ungefähr 1 Kilometer von dem Bahnhof Dorstfeld entfernt, geschossen. Das Geschoß hat zwei gegenüberliegende Fenster eines Abteils 4. Klasse durchschlagen. Personen sind nicht verletzt.

(O) **Witten**, 2. Sept. **(Opfermut.)** Ein hiesiger Kriegsbeschädigter stellte sich, wie man dem Westf. Tagebl. in Hagen schreibt, dem Langendreerer Krankenhause freiwillig zur Blutentnahme zur Verfügung, um einem blutarmen Patienten das Leben zu retten. Zweimal sind seinem Körper je 10 Kubikzentimeter Blut entnommen und auf den Kranken übertragen worden, sodaß der Arzt jetzt hofft, dem Kranken das Leben erhalten zu können.

(O) **Hattingen**, 2. Sept. **(Die eigene Frau erschossen.)** Beim Hantieren mit einem Revolver hat der hier zu Besuch bei seiner Mutter weilende Hans Deist aus Essen-Altenessen seine junge Frau aus Unvorsichtigkeit erschossen. Der Vater des unglücklichen Schützen, der Polizeisergeant Deist, ist im Jahre 1917 bei einem Zusammenstoß mit Raufbolden erschossen worden.

(O) **Lüdenscheid**, 2. Sept. **(Aufgeklärter Weindiebstahl.)** Bei der Firma Freitag & Co. in Berlin waren im März ds. Js. durch Einbruch für 130 000 Mark Wein gestohlen worden. Wie jetzt festgestellt worden ist, war der Wein durch einen gewissen Dommes nach Lüdenscheid verschoben und in dem Vergnügungslokale „Zur hohen Steinert" abgesetzt worden. Dort konnten noch etwa 1000 Liter des gestohlenen Weins beschlagnahmt werden.

(O) **Wanne**, 2. Sept. **(Durch Giftgase getötet.)** Bei der Ausbesserung eines Kessels atmete der auf der Zeche Pluto beschäftigte Schlosser Batschara aus Röhlinghausen giftige Gase ein. Er starb bald nachher.

(bu) **Essen**, 2. Sept. **(Unterschlagungen eines Kriminalbeamten.)** Eine unglaublich üble Tat, die sich der Kriminalbetriebsassistent Gottlieb Oberwetter aus Essen hat zu schulden kommen lassen, beschäftigte die Essener Ferienstrafkammer. Auf der Anklagebank saß der genannte Polizeibeamte unter der Beschuldigung der Unterschlagung einer Summe von 80 500 Mark und des Mißbrauchs der Amtsgewalt. Es war im Juli dieses Jahres, als der Kaufmann Joseph Plesser aus Steele einen angeblichen Holländer kennen lernte, der angab, Geldgeschäfte mit deutschen Banknoten zu betreiben. Er ließ sich mit ihm in geschäftliche Verhandlungen ein und trat mit ihm zur Besprechung in Essener Wirtschaften zusammen. Hiervon hatte der Angeklagte durch den angeblichen Holländer, einen gewissen Hape, Kenntnis erlangt. Am 18. Juli waren Plesser und der Holländer im Kaffee Welter zusammen gekommen. Plesser hatte eine Summe von 80 000 Mark in deutschen Banknoten bei sich. Der Angeklagte war vorher über diese Zusammenkunft unterrichtet worden. Er erschien um die fragliche Zeit ebenfalls in dem genannten Kaffee und setzte sich unauffällig an einen Tisch in der Nähe der beiden Personen. Im Verlaufe der Verhandlungen zwischen Plesser und Hape trat Oberwetter an den Tisch und erklärte unter Vorzeigung seines Ausweises den Kaufmann für verhaftet. Auf dem Polizeipräsidium „beschlagnahmte" er sodann die 80 000 Mark, und veranlaßte Plesser, noch 500 Mark, die er in der Brieftasche trug, zu „hinterlegen". Auf diese Weise kam Plesser an der Gefangensetzung vorbei. Die erbeuteten 80 500 Mark, die Oberwetter mit zwei Komplizen, Hape und Brinks teilte, wurden verprasst. Erst nach einigen Tagen erkundigte sich Plesser nach dem Beamten, der ihm einen falschen Namen angegeben hatte und erfuhr mit Entsetzen, daß er das Opfer eines raffiniert angelegten Betrugs geworden war. Er hat von seinem Gelde nicht einen roten Pfennig zurückerhalten. In der Verhandlung vor der Strafkammer ist der Angeklagte im Wesentlichen geständig. Das Gericht beurteilte die Straftat umso schwerer, als der Angeklagte als Kriminalbeamter einen ungeheuerlichen Mißbrauch mit seiner Amtsgewalt getrieben hatte. Es erkannte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend wegen Betruges und Mißbrauchs der Amtsgewalt auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Mon. Angesichts der bewiesenen ehrlosen Gesinnung wurden dem Angeklagten außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

(W) **Düsseldorf**, 2. Sept. **Zur Gehaltsbewegung** im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurde in der Bezirksarbeitsgemeinschaft für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie am 29. und 31. August 1921 eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die monatlichen Einkommen der Angestellten ab 1. 8. wie folgt erhöht werden: 1. Bei ledigen kaufmännischen und technischen Angestellten um 200—300 Mk., die Verheirateten erhalten außerdem 115 Mk. 2. Bei verheirateten Meistern um 340—415 Mk. 3. Bei verheirateten Vorzeichnern um 340—390 Mk. 4. Bei Lehrlingen um 50 Mk. 5. Die weiblichen Angestellten erhalten die Gehälter der ledigen Angestellten abzüglich 10 % (bisher 15 %). 6. Das Kindergeld wird um 25 Mark auf 100 Mark erhöht. 7. Außerdem wurde vereinbart, das Tarifeinkommen der Angestellten unter 25 Jahren, die bisher die festen Einkommen darstellten, von jetzt ab insofern als Mindesteinkommen anzusehen, als jetzt auch auf besondere Leistungen dem Angestellten unter 25 Jahren Leistungszulagen von ihren Werken gegeben werden können.

Bonn, 2. Sept. **Um 21 000 Mark beschwindelt** hat ein junger Bursche die hiesige Opern liebende Bürgerschaft. Derselbe gab sich als Vertreter des Charlottenburger Reisetheaters aus und erließ Aufforderung zum Vorverkauf von Karten für eine Reihe von Opernaufführungen. Als er für den obigen Betrag abgesetzt hatte, verschwand der falsche Impresario.

Die direkte Aktion.

Die Werbestelle der Technischen Nothilfe für das rhein.-westf. Industriegebiet in Essen schreibt uns: Im Ruhrgebiet haben am 2. 8. 21 die Wahlen zur Arbeitskammer im Ruhrbergbau stattgefunden, die bekanntlich die erste in Deutschland errichtete Kammer dieser Art ist. Von den 547000 abstimmungsberechtigten Arbeitern haben 223 666 abgestimmt. 40196 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Von diesen ungültigen Stimmzetteln kommen 39671 Stimmen auf die Vorschlagliste der Freien Arbeiter-Union, Sitz Gelsenkirchen, da die ganze Liste für ungültig erklärt worden ist. An diesem Ergebnis ist besonders bemerkenswert, daß etwa 22% aller Stimmen auf die Unionisten und Syndikalisten entfallen sind. Im Bezirk Gelsenkirchen allein wurden annähernd 7000 Stimmen für die Freie Arbeiter-Union abgegeben, während hier der alte Verband (Freie Gewerkschaft) nur 1151 Stimmen errang. Das zeigt, wie stark noch immer der Einfluß der Unionisten und Syndikalisten auf den Zechen im Ruhrgebiet ist. Ganze Schachtanlagen haben hier unionistisch abgestimmt. Der Einfluß dieser Gruppe der sozial-revolutionären Arbeiterschaft hat im Ruhrbergbau eher zu, als abgenommen. Das muß hervorgehoben werden, weil bisher die Behauptung der Gewerkschaftsführer aus dem andern Lager das Gegenteil besagte. Welche Gefahr hier besteht und im Wachsen ist, wird klar, wenn man sich mit den Bestrebungen der Syndikalisten und Unionisten etwas näher beschäftigt. Sie verwerfen jegliches Verhandeln mit dem Arbeitgeber und rufen in ihren Flugblättern und Belegschaftsversammlungen auf, die Einheitsfront der Bergleute herzustellen, zum Zweck der „direkten Aktion". In dieser direkten Aktion erblicken sie das letzte und beste Kampfmittel für die Arbeiterklasse. Was unter einer direkten Aktion zu verstehen ist, ergibt sich aus einem Bericht im „Syndikalisten", der einmal wöchentlich erscheinenden Zeitung der Syndikalisten, über eine direkte Aktion auf der Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen.

„Um 8 Uhr morgens schritt die ganze Belegschaft nach der altbewährten Kampfmethode der Syndikalisten zur direkten Aktion über. Mit einem Schlage, fast in einem Zeitraum von 10 Minuten, stand das ganze Werk still. Die glühenden Blöcke in den Walzen wurden nicht ausgewalzt, blieben liegen. Die Kräne, welche Pfannen mit glühendem Eisen und Stahl hatten, ließ man stehen, die Maschinen wurden festgesetzt, ebenfalls am Hochofen — die Firma besitzt 9 — stellte man die Arbeit ein."

„Der Bergknappe", der diesen Bericht in Nr. 34 in Fettdruck wiedergibt, fügt hinzu: „Bergleute, was würde mit euch geschehen, wenn die Syndikalisten im Bergbau so handelten, wie die Syndikalisten auf der Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen? Eine direkte Aktion der Syndikalisten auf einem Bergwerk, das muß man sich ausmalen! Die Zertrümmerung des Ventilators, Absperrung der Luftzufuhr, Beschädigung der Fördermaschinen usw. würde doch nicht die Direktion oder den Unternehmer treffen. Nein! Unsere Bergleute unter Tage wären dadurch unrettbar verloren. Und warum? Nur wegen der hirnverbrannten Idee der Syndikalisten, durch die direkte Aktion den „herrschaftslosen Sozialismus" herbeizuführen."

Wir fragen, was haben die Gewerkschaften getan, um diese Gefahr, die den Bergarbeitern droht, abzuwenden? Stärkung ihrer Mitgliederzahl kann nicht als ausreichendes Vorbeugungsmittel angesehen werden. Die Allgemeinheit, vor allem die Arbeiterschaft, hat ein Recht, zu fragen, was werden die Gewerkschaften tun, wenn auf einer Zeche im Ruhrbergbau zu einer direkten Aktion geschritten wird? Mögen sich doch die Gewerkschaften nicht in einer falschen Sicherheit wiegen! In einem solchen Falle hilft ihnen die Zahl ihrer Mitglieder wenig oder garnicht.' Dann müssen alle Ordnungselemente zur Verteidigung der Arbeitsgelegenheit des Werkes, zum entschlossenen Abwehrkampf, fest organisiert sein und das kann nur — die Technische Nothilfe.

Aus aller Welt.

— **Die Steuerpflicht des Exkaisers Wilhelm.** „Maasbode" meldet: Der Gemeinderat von Amerongen hat beschlossen, die Steuerpflicht des früheren deutschen Kaisers seit seiner Ankunft in Holland anzuerkennen. Die Steuerpflicht ist auf 135 000 Gulden festgesetzt worden. — Wilhelm II. hatte seine Steuerpflicht bestritten.

— **3000 Meter Eisenbahnstrecke durch Dammeinsturz zerstört.** Infolge des Einsturzes eines 1½ Km. von der Eisenbahn entfernten Dammes ist die Eisenbahnlinie Stockholm—Osterfund zwischen den Stationen Ange und Ljusdal auf einer Strecke von 3000 Meter völlig zerstört worden. Zwei elektrische Ueberlandzentralen sind ebenfalls zerstört. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

*

Scheußlichkeiten des Massenmörders Großmann.

Der Berliner Frauenmörder Großmann wird beschuldigt: 1. gegen eine Anzahl, etwa 60 Frauen und Kinder, sadistische und unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben, 2. eine große Anzahl von Frauen im Verlaufe dieser Handlungen ermordet, die Leichen teils zerstückelt, teils verbrannt zu haben. Die Zahl dieser Morde beläuft sich schätzungsweise auf mindestens 10 bis 15, womit nicht gesagt ist, daß die Zahl damit erschöpft ist, weil der Mörder sein Handwerk seit Jahren betrieben hat. Die dritte Beschuldigung besteht darin, daß der Mörder einen Teil der von ihn ermordeten Frauen zum menschlichen Genuß vorbereitet hat. Man wirft ihm vor, daß er Leichenteile von den Knochen gelöst und teils an Bekannte, teils an Fremde als Kalbfleisch abgegeben hat. Schließlich soll er auch das abgeschälte Fleisch gekocht und zu Plockwürsten verarbeitet und in der Nähe der Bahnhöfe verkauft haben.

*

— **Kampf mit Einbrechern.** Einbrecher gaben auf Kriminalbeamte in der Linienstraße 18 in Berlin 30 Revolverschüsse ab. Ein Kriminalbeamter wurde schwer verletzt. Die Beamten erwiderten das Feuer. Ein Einbrecher wurde getötet, zwei verwundet.

*

Ein neuer Frauenmord in Berlin.

In der letzten Zeit häufen sich wieder die Kapitalverbrechen in erschreckender Weise. Noch sind die Akten über die Mordtaten in der Potsdamer und in der Langen Straße nicht geschlossen, und schon wieder wird ein gleich schweres Verbrechen gemeldet: In der Schonenschen Straße, im Norden von Berlin, wurde die 55 Jahre alte, ledige Verkäuferin Emma Neumann, die seit 18 Jahren in dem genannten Hause bei einer Familie Hoffmann wohnte, ermordet aufgefunden. Seit dreiviertel Jahren hatte sich die Freundschaft mit der Familie in ein gespanntes Verhältnis gewandelt. Die Folge war, daß Fräulein Neumann ausziehen sollte. Dienstag morgen, als Frau Hoffmann im Begriff war, auszugehen, wurde an der Wohnungstür geklingelt. Als sie die Wohnungstür öffnete, stand vor ihr ein etwa 25 Jahre alter Mann, der erklärte, vom Wohnungsamt zu kommen und zu Fräulein Neumann wolle. Frau Hoffmann erschien das begreiflich, weil sie annahm, daß der Besuch vom Wohnungsamt mit dem Umzuge ihrer Abmieterin zusammenhänge. Fräulein Neumann hat den Mann, näherzutreten. Nach der Rückkehr von ihrer Besorgung fand Frau H. das Wohnzimmer von Fräulein Neumann offen. Auf dem Fußboden lag diese tot. Ein Knebel stak in ihrem Munde. Auf dem Tische lagen eine Handtasche und das Portemonnaie der Ermordeten, die beide geöffnet und leer waren. Das läßt auf einen Raubmord schließen. Nach den Vernehmungen der Frau Hoffmann, die widersprechende Angaben machte, wurde diese einstweilen bis zur Aufklärung des Sachverhalts in Haft genommen. Als Frau Hoffmann an die Stellen geführt werden sollte, wo sie sich an dem Vormittage des Mordes angeblich aufgehalten hatte, brach sie plötzlich zusammen und legte ein Geständnis ab. Frau Hoffmann gibt zu, den Tod ihrer früheren Freundin herbeigeführt zu haben. Nach ihrer Darstellung hatte sie, wegen des Auszuges, den sie verhindern wollte, mit ihr Streit bekommen. Dieser habe zu Tätlichkeiten geführt und als sie Fräulein Neumann einen heftigen Stoß versetzt habe, sei diese mit dem Kopf so heftig aufgeschlagen, daß sie tot liegen geblieben sei. Um einen Raubüberfall vorzutäuschen, habe sie dann die Leiche in ihr Zimmer gebracht und ihr dort nachträglich den Knebel in den Mund gesteckt. Ob diese ihre Darstellung zutrifft, erscheint sehr zweifelhaft. Erst die Obduktion der Leiche wird darüber Aufklärung bringen.

*

— **Verurteilung eines Schulleiters.** Der frühere Leiter der freien Schulgemeinde Wickersdorf bei Saalfeld, Wyneken, wurde von der Strafkammer in Rudolstadt wegen Vergehens gegen § 174 Absatz 2 des R.-Str.-G.-B., begangen in zwei Fällen an Schülern, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

— **Selbstmord eines früheren Polizeipräsidenten.** Auf seiner Besitzung in Esbeck im Amte Schöningen hat sich der frühere Braunschweiger Polizeipräsident Dr. A. Prötzel erschossen. Mit zunehmendem Alter — P. ist 1908 aus dem braunschweigischen Staatsdienst geschieden und war bereits über 80 Jahre alt — wurde Dr. P. immer mehr Sonderling. Sein Zustand hat sich in der letzten Zeit infolge unglücklicher Verhältnisse verschlimmert; dazu kam, wie die „Braunschw. Landesztg." mitteilt, daß der alte Herr sich durchaus nicht in die neuen Verhältnisse hineinfinden konnte. In einem Zustande von Verzweiflung hat Prötzel dann Hand an sich selbst gelegt.

— **Der Hamburger Frauenmord.** Die Ermittelungen der Staatsanwaltschaft bezüglich des Leichenfundes in Nienstedten ergaben, daß der Tod der Frau durch zwei tiefe Stiche ins Herz herbeigeführt worden ist. Die Getötete wurde als die Hafenarbeiterfrau Klara Fründt aus Hamburg ermittelt. Als Täter wurde der praktische Arzt Dr. Karl Fink in Hamburg, geboren 1889 in Nagold in Württemberg, festgestellt, der mit der Toten in Verkehr gestanden hatte und seit dem Abend des 27. August mit seinem Motorrade verschwunden ist. Weiter hat die Feststellung anscheinend auch die Aufklärung eines Knabenmordes gebracht. Am 25. August 1919 wurden in einem Vorgarten am Leinpfad an der Alster zerlegte Teile einer Knabenleiche, wenige Tage darauf weitere Teile einer Knabenleiche am Alsterufer gefunden, beide Funde in gleichen Kartons; einige Tage später der Kopf in einem Fleth. Die Leiche war genau so zerteilt, wie jetzt die der Frau Fründt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch dieser Mord von Dr. Fink ausgeführt wurde, da dieser den Knaben gleichfalls behandelte.

— **Eine schwere Gasexplosion** ereignete sich gestern vormittag 5 Uhr in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs St. Lazare. Die Nachforschungen nach der Ursache der Explosion wurden durch große Massen von Trümmern sehr erschwert. Der Sachschaden ist bedeutend. Der erste Stock des Gebäudes droht einzustürzen. Etwa 20 Personen wurden verletzt.

— **Grubenunglück.** Aus bisher noch unaufgeklärten Ursachen entstand im Trockenhause des Wisnitzer Kohlenbergwerks bei Borna, Bez. Leipzig, eine Kohlenstaubexplosion. Drei Mann erlitten schwere Verletzungen, drei andere wurden leicht verletzt, während mehrere Arbeiter leichte Brandwunden davontrugen.

Eine Neuheit auf modischem Gebiet, die für alle selbstschneidernden Frauen — und wer wäre das heutzutage nicht — von großer Bedeutung ist, bringen die bekannten, vorzüglichen Mode-Alben „Beyers Mode-Führer" Band 1 über 300 Modelle von Damenmoden, Band 2 eine Fülle von Mode-Neuheiten für Jungmädchen und Kinder, denn sie enthalten in jedem Band 20 der meistbegehrten Schnittmuster kostenlos. Eine riesige Ersparnis an Kosten, Zeit und Aerger, denn man kann nun sofort nach Kauf eines solchen schönen, farbig reich ausgestatteten Albums fleißig mit der Herstellung der gesamten Winterkleidung beginnen. Sie sind durch alle Buchhandlungen für je 8 Mark zu beziehen, auch direkt vom Verlag Otto Beyer, Leipzig-W., Rathausring 13.

Keine körperliche
Untersuchung!
Augendiagnose.
Homöopathische elektro-galvanische Heilweise. Giftfreies operationsloses Heilverfahren.
Behandlung jedes Leidens, ob frisch, veraltert, oder dem Verzweifeln nahe.
Sprechstunden nur in Unna, jeden Dienstag Königstraße 6, von 9—5 Uhr. 3575
R. Kley,
Privatgelehrter der Medizin, Lehrer in der Augendiagnose.

Bei eintretenden Trauerfällen
wenden Sie sich vertrauensvoll an das
Beerdigungs-Institut L. Kneper,
Kamen, Telephon 204.
Sie werden dort gut nnd schnell bedient.
Reichhaltiges Lager in allen Sorten
Särgen. 2091
— Uebernahme ganzer Beerdigungen. —
Sargausstattung. — Leichenwäsche.
Auf Wunsch Aufbahrung und
— — Zimmerdekoration. — —

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 3139

Zentrumspartei!

Sonntag, den 4. September, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Neff, Bahnhofstrasse

Gedächtnis-Feier

für den ermordeten Abg. Erzberger.

Auswärtiger Redner. Männer und Frauen der Zentrumspartei, erscheint in Massen! Erweiset den Verstorbenen unserer Partei und dem grausam Ermordeten die letzte Ehre durch zahlreiches Erscheinen. 3787

Die Vorstände von Kamen u. Umgegend.

Knappen-Verein kameradschaftliche Eintracht „Glück Auf"

Sonntag, den 4. Sept., nachmittags 2 Uhr,

Ausflug

nach Südkamen, Wirt Düfelshöfft. 3783

Am **11. d. Mts., nachmittags 3 Uhr:**

General-Versammlung

im Vereinslokal.

Zahlreiches Erscheinen erbittet

Der Vorstand.

Küchen und Herde — **Schlafzimmer und Betten**

H. Brorhilker, Möbelhandlung

Westick, Post Kurl. — **Telephon Nr. 137, Amt Kamen.**

Wohnzimmer und Sofas — **Grosse Auswahl. Billige Preise.**

Fussball-Pfeiffen



echt Bruyere mit Brasilhornspitze

Grösse 1 **35.- Mk.**

Grösse 2 **40.- Mk.**

Fussballvereine erhalten bei grösserer Abnahme **Rabatt.**

W. Meckfessel,

3778

Pfeifen-Drechslerei mit elektrischem Betrieb, Kamen.

Landw. Technikum Münster i. W.
Ausbildung jung. Leute zu landwirtsch. Beamten



Ia. Solinger Stahlwaren:

Bestecke
Brotmesser
Fleischmesser
Rasiermesser
Rasierapparate
Scheeren
Taschenmesser
2c.

kaufen Sie besonders vorteilhaft bei p3527

Carl Müller
Kamen.

Mindestens 25% billiger

als jede auswärtige Konkurrenz.

Hammer Tennisschläger

die führende Weltmarke.

Tauberperle	**240 Mk.**	**Triumpf**	**. 175 Mk.**
Alymnia	**. . 220 Mk.**	**Meteor**	**. . 145 Mk.**
Meister	**. . . 215 Mk.**	**Perfekt**	**. . 120 Mk.**
Spezial	**. . . 210 Mk.**	**Presse**	**. . 16 Mk.**

3777

W. Meckfessel,

Kamen — Fernruf 165.

Achtung!

Bäckermeister aus Stadt und Landkreis Hamm.

Sonntag, den 4. September, findet eine 3782

Versammlung

sämtlicher Bäckermeister des Stadt- und Landkreises Hamm im katholischen Vereinshaus Hamm, Oststraße 53, statt.

Tagesordnung:
„Besprechung über das Kleben der Brotmarken"
Anfang 2½ Uhr nachmittags.

Die Frauen der Bäckermeister sind herzlichst hierzu eingeladen.

Die Vorstände der Bäckerinnungen:
Hamm. Unna. Kamen.

Hunde-Zucht- u. Sportverein

für Kamen u. Umgegend.

Sonntag, d. 4. Sept. morgens 10 Uhr:

General-Versammlung

b. Herrn Max Felske, Oststraße. Wegen wichtiger Besprechung betr. d. Hunde-Ausstellung am 11. Sept. in Lünen und Stiftung eines Ehrenpreises werden die Mitglieder dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen. 3791

Der Vorstand.

Auf zur deutschen Eiche!

Am **Sonntag, den 4. September** großer

Ball.

Damen haben freien Eintritt. Hierzu ladet freundlichst ein: 3785

Der Veranstalter.

Mindestens 25% billiger

als jede auswärtige Konkurrenz.

Hammer Tennisschläger

die führende Weltmarke.

Tauberperle	**240 Mk.**	**Triumpf**	**. 175 Mk.**
Alymnia	**. . 220 Mk.**	**Meteor**	**. . 145 Mk.**
Meister	**. . . 215 Mk.**	**Perfekt**	**. . 120 Mk.**
Spezial	**. . . 210 Mk.**	**Presse**	**. . 16 Mk.**

3777

W. Meckfessel,

Kamen — Fernruf 165.



Dass wir Persil jetzt wieder kriegen
Macht uns den Waschtag zum Vergnügen

Jetzt ist das Waschen wieder eine Lust; im Nu ist die Wäsche fertig, blendendweiß, wie auf dem Rasen gebleicht. Dabei große Ersparnis an Arbeit, Zeit, Seife und Kohlen.

PERSIL

ist das beste selbsttätige **Waschmittel!**

Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie., Düsseldorf.**

Grasverkauf.

Montag, den 5. Septbr. nachmittags 4 Uhr, soll **das Gras** in den Wiesen bei der **Abener Mühle** öffentlich verkauft werden. p3708

Anfang an der Mühle.

W. Albert.

Große Auswahl in

Natur Haarzöpfen

zu bekannt billigsten Preisen.

Anfertigung sämtlicher moderner

Haararbeiten, Zöpfe, Unterlagen, etc.

Damen-Salon

W. Steinmann,

Bahnhofstraße 56,
Telephon 256. 3031

Ein gut erhaltener

Flach-wagen,

35 Zentner Tragkraft, zu verkaufen. 3775

Klosterstraße 11.

Putzfrau oder Mädchen

gesucht. 3738

Bahnhofstr. 5.

Winterhüte

zum Umpressen werden jetzt schon angenommen.
Musterformen vorrätig. 3652

W. Cramer,

Weststraße 89. — Weststraße 89.

Grasverkauf

Altenmethler-Paschheide.

Dienstag, den 6. September, nachm. 6 Uhr läßt Herr Ernst Wortmann in Altenmethler den

2. Grasschnitt

in Schulze-Altenmethlers Paschwiese in bekannter Weise durch den Unterzeichneten zum Verkauf aussetzen.

Zusammenkunft bei Lehmhaus, resp. an Ort und Stelle. 3780

Kaiserau, den 1. September 1921.

Fr. Brüninghaus,
Auktionator.

Weißer Teint

wird erzielt durch

Besalon-Bleichcream

der bei täglichem Gebrauch Frost und aufgesprungene Hände verhütet. Er entfernt, stark aufgetragen, Leberflecke, Mitesser usw. usw.

Tube Mk. 5.-, große Dose 15.-
Verkaufsstelle: 3093

Löwen-Drogerie.

Eheleute

Hygienische Bedarfsartikel aller Art, **Gummiwaren** etc. Kostenloser Rat in allen hygienischen Angelegenheiten. Auskunft und Verkauf Wochentags 9—12 und 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr. 3476

E. Becker, Dortmund
I. Kampstrasse 126, II. Etage, direkt am Körnerplatz, 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Kranke

Frauen Männer

welche bisher keine Hülfe fanden, versuchen Sie mein **komb. Heilverfahren** bei

Beinschäden, als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, **Hautleiden,** jeder Art Flechten, **Krätze,** Hautverdickung, Hautschrunden, Hühneraugen usw.

Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nerven-, Magen-, Gallen- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).

Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.

Bruchleiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Niewels Naturheilinstitut Dortmund,
Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.
Ältestes Institut am Platze. Keine Dankschreibenreklame.
Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. 980

Hotel Monopol

Sonntag

Frei-Konzert.

Fr. W. Herms.

3789

Grasverkauf

Kaiserau.

Dienstag, den 6. Sept. nachmittags 5½ Uhr, läßt Herr Wilhelm Stoltefuß in **Breiten** den

2 Grasschnitt

in seiner Wiese auf Schulze-Fels Feld, nummerweise, öffentlich meistbietend gegen Zahlungsfrist durch den Unterzeichneten zum Verkauf aussetzen. 3779

Zusammenkunft an Ort und Stelle.

Kaiserau, den 1. September 1921.

Fr. Brüninghaus,
Auktionator.

Klavier

3744

mit Garantieschein, wie neu, billigst zu verkauf.

Fritz Jürgens,
Hamm i. Westf.
Oststr. 61, Tel. 1290.

Wohnungstausch

Methler.

Abgeschlossene 1. Etage, 4 Zimmer, evtl. mit Garten, gegen 3- bis 4-Zimmerwohnung mit Stallung und Garten zu tauschen in Methler oder Umgegend.

Offerten unter **K. D.** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 3776

Linoleum

für **Möbel** u. **Fußböden,** einfarbig und granit, **Ia. Friedensqualität**

besonders preiswert 640

Tapeten- u. Farbenhaus **Gebrüder Scheele**

Hamm (Westf.), Große Weststr. 24.

Beste Bezugsquelle für Schreinermeister.

Asthma

kann geheilt werden. Sprechstunden in **Dortmund,** Hotel Westfalenhof, Burgwall 10/12, jeden Dienstag von 9—1 Uhr. **Dr. med. Alberts,** Spezialarzt, Berlin S. W. 11. p666

Grasverkauf

Kaiserau.

Dienstag, den 6. Sept. nachmittags 5½ Uhr, läßt Herr Wilhelm Stoltefuß in **Breiten** den

2 Grasschnitt

in seiner Wiese auf Schulze-Fels Feld, nummerweise, öffentlich meistbietend gegen Zahlungsfrist durch den Unterzeichneten zum Verkauf aussetzen. 3779

Zusammenkunft an Ort und Stelle.

Kaiserau, den 1. September 1921.

Fr. Brüninghaus,
Auktionator.

Wegen Raummangel ein großer 3774

Eichen-koffer

zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Tüchtiger

Schneidergehilfe,

welcher Lust hat, die Damenschneiderei zu erlernen, bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.

G. Mannschke,
Damenschneider,
3758 Ostenmauer 12.

Morgenmädchen

zum 15. September od. 1. Oktober gesucht. Auf Wunsch jeden Sonntag frei. 3788

Frau A. Friedrichs, Hammerstr. 7.

Heirat!

Vermögende Damen wünschen glückl. Heirat. Herren wenn auch ohne Vermögen, gibt Auskunft **Frau Deckert,** Berlin Perlebergerstraße 18. 3818

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich in

Kamener Zeitung.

Homöopath. magn. Krankenbehandlung

ohne körperliche Untersuchung.

Behandlung aller chron. Erkrankungen.

Sprechstunden: von jetzt ab nur noch **Montags** von 10—12 u. 1—3½ Uhr Wirtschaft Rieder, Markt 6.

9680 **W. Schürmann.**

Ziegen

2 gute milchgebende

umständehalber zu verkaufen. 3781

Näh. in der Gesch. der Kamener Zeitung.

Ein gut erhaltener

Flach-wagen,

35 Zentner Tragkraft, zu verkaufen. 3775

Klosterstraße 11.

Anständiges, kräftiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, in sämtlichen Hausarbeiten erfahren, gegen guten Lohn sofort gesucht. Gute Behandlung. 3751

Ernst Menne,
Weststr. 47a.

---

2 junge anständige Leute finden 3739

Kost u. Logis

in der Nähe der Zeche Grimberg.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Rennen zu Dortmund!



Sonntag, den 11. Sept., Mittwoch, den 14. Sept.,
Sonntag, den 18. Sept., nachm. 2½ Uhr.

Preise und Prämien ca. 700 000 Mark.

3760

Nr. 206
Zweites Blatt

Kamener Zeitung

Sonnabend,
den 3. Septbr. 1921

Die wirtschaftlichen „Sanktionen" nach dem 15. September.

(W) Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat dem Ministerpräsidenten Briand als Vorsitzenden des Obersten Rates eine Antwort auf die Mitteilung vom 14. August, betreffend den Beschluß des Obersten Rates über eine teilweise Aufhebung der Sanktionen zum 15. September, übergeben. Darin heißt es u. a.:

Nachdem deutscherseits das Ultimatum angenommen und alle bisherigen Zahlungsfristen pünktlich eingehalten worden sind, glaubte sich die deutsche Regierung zu der bestimmten Erwartung berechtigt, daß die Sanktionen alsbald restlos aufgehoben werden würden. Sie bedauert aufs tiefste, daß sich die alliierten Regierungen hierzu haben nicht entschließen können. Die deutsche Regierung sieht sich genötigt, den ihr gemachten Vorwurf zurückzuweisen, daß sie bei Handhabung des deutschen Ein- und Ausfuhrsystems unter Verstoß gegen den Vertrag von Versailles Angehörige oder Waren irgendeiner der alliierten Mächte schlechter behandelt habe als diejenigen eines anderen Landes. Sie ist durchaus entschlossen, die übernommenen Verpflichtungen sowohl im besetzten als auch im unbesetzten Gebiet Deutschlands zu erfüllen, sieht sich aber genötigt, darauf hinzuweisen, daß weder der Vertrag von Versailles, noch das Rheinlandabkommen den alliierten Mächten oder den an der Besetzung des Rheinlandes beteiligten Staaten ein Kontrollrecht über Einhaltung dieser Bestimmungen in bezug auf das besetzte Gebiet gibt. Um indessen den alliierten Regierungen die Ueberzeugung von der loyalen Handhabung der deutschen Ein- und Ausfuhrbestimmungen zu verschaffen, will sich die deutsche Regierung mit der Schaffung der in der Note Ew. Exzellenz vorgesehenen Organen einverstanden erklären unter der Voraussetzung, daß das alliierte Organ sich bei seiner auf das besetzte Gebiet beschränkten Tätigkeit jeder Einmischung in die deutsche Exekutive enthalten wird. Die deutsche Regierung glaubt, daß die Frage nur in der Form einer wechselseitigen Verständigung zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der beteiligten alliierten Mächte geregelt werden kann. Demnach würde also auch die Einführung der zu vereinbarenden Regelung im besetzten Gebiet der deutschen Regierung zufallen, daß eine Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission nicht in Frage käme. Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß es den beiderseitigen Bevollmächtigten bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen in Koblenz gelingen wird, für das alliierte Organ eine Form zu finden, die für es annehmbar ist. Sie will gegen die Gültigkeit aller Handlungen, die während der Dauer der Sanktionen nach Maßgabe der von der interalliierten Rheinlandkommission in Ausführung der Beschlüsse der Londoner Konferenz vom März 1921 erlassenen Verordnungen vorgenommen worden sind, keine Einwendungen erheben, und auch von allen gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen gegen die Urheber solcher Handlungen absehen. Sie erwartet, daß in der Uebergangszeit bis zum 15. September d. J. keine das augenblickliche Bedürfnis der besetzten Gebiete überschreitenden Aus- und Einfuhrbewilligungen für das Ausland verteilt werden und daß auch bei dem Erlaß der in der Note Ew. Exzellenz vorgesehenen Uebergangsbestimmungen auf den Schutz des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen Finanzen größtmöglichste Rücksicht genommen wird, womit die alliierten Mächte zugleich der Reparationsfähigkeit Deutschlands und damit ihren eigenen Interessen dienen.

Schließlich wird in der Note mitgeteilt, daß mit der Führung der Verhandlungen auf deutscher Seite der Gesandte von Muttus beauftragt ist und nochmals die feste Erwartung ausgesprochen, daß auch die militärischen Sanktionen alsbald aufgehoben und die neubesetzten Gebiete von der drückenden Last der Besetzung und des militärischen Regimes befreit werden.

Die Deckung der letzten 50 Milliarden.

(W.B.) Da die Ziffern des Reichshaushaltes in fortgesetztem Fluß sind, kann man sich mit runden Summen begnügen, wenn man nach den zur Deckung des Fehlbetrages erforderlichen Mitteln Umschau hält. Der Reichsfinanzbedarf beläuft sich auf rund 150 Milliarden Mark, von denen durch die bisherigen und die im Herbst zu bewilligenden Steuern günstigstenfalls rund 100 Milliarden Mark gedeckt werden. Für 50 Milliarden Papiermark muß Deckung geschafft werden, wenn der Reichshaushalt in Einnahmen und Ausgaben bilanzieren soll. Ueber die gefährlichen Folgen der Defizitwirtschaft kann es nur eine Meinung geben: Der Wert der deutschen Mark sinkt, die Löhne steigen, die Preise heben sich zum Weltmarktpreis und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie geht Stück für Stück verloren. Wenn Dr. Wirth in seiner Rede vom 6. Juli die Ordnung des Währungswesens als eine 3. Etappe der Reform bezeichnete und auf die Zukunft verschob, so konnte er damit nicht die Schaffung der Voraussetzung für die kommende Währungsreform, nämlich die Herstellung des Gleichgewichtes im Reichshaushalt, meinen. Bei der Beurteilung der zur Beschaffung der letzten 50 Milliarden Mark getroffenen Maßnahmen ist immer wieder erklärt worden, daß dieser oder jener Weg bestimmte Gefahren aufweise und deshalb nicht begangen werden dürfe. Wer gegenüber der Lage Deutschlands nicht gänzlich blind ist, muß erkennen, daß mit den Mitteln der zünftigen Finanzwissenschaft und der alten soliden Finanzpraxis die uns obliegenden Aufgaben nicht gelöst werden können. Es kann sich nur um eine Abwägung des Für und Wider handeln. Wir müssen uns bei der Beurteilung der ergänzenden Finanzmaßnahmen, die unbedingt kommen müssen, stets vor Augen halten, daß ein Fortdauern der Notenproduktion und Anerkennung der Fehlbeträge als dauernde Einrichtung mit Gewißheit den Bankerott des Staates und der Wirtschaft zur Folge haben müssen. Jedes Mittel, das Aussicht gewährt, dies Verhängnis von uns fern zu halten, muß studiert und gegebenenfalls trotz gewisser Bedenken in Angriff genommen werden.

In der Pariser Zeitung „Journal des Débats" ist behauptet worden, auf den Plan der Reichsregierung (Heranziehung der Sachwerte zur Reparation) sei verzichtet worden, weil die Industrie — und besonders die Landwirtschaft — sich mit Energie dagegen ausgesprochen hätten. Augenscheinlich beziehen sich diese Bemerkungen auf die in einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. Juni gemachten Vorschläge. Diese Denkschrift ist „geheim", — was jedoch nicht gehindert hat, daß selbst Einzelheiten in der Oeffentlichkeit bekannt geworden sind. Das Wirtschaftsministerium berechnet die Steigerung der Erträge in der Landwirtschaft auf das Fünf- bis Sechsfache der Friedenszeit; beim städtischen Hausbesitz soll nach einer teilweisen Lockerung der Wohnungsbewirtschaftung das Dreifache des Mietspreises der Friedenszeit erreicht sein. In der Denkschrift wird die Eintragung einer Grundschuld empfohlen, die bei der Landwirtschaft 20 Prozent, beim städtischen Hausbesitz 25 Prozent des Ertragswertes ausmachen soll. Die Grundschuld soll bei der Landwirtschaft mit 4 Prozent, beim städtischen Hausbesitz mit 4½ Prozent verzinst werden. Bei den gewerblichen und kommerziellen Unternehmungen ist die Ausstellung von Genußscheinen an das Reich vorgesehen, wodurch dem Reich 20 Prozent der gesamten Erträge (also nicht nur der ausgeschütteten Dividenden) zugeführt werden soll. Der Betrag, der dem Reiche aus dieser Beteiligung zufließen wird, wird anfangs auf 12,8 Milliarden Mark jährlich, später auf 17 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag reicht also nicht aus, um die Fehlbeträge im öffentlichen Haushalt zu decken, selbst wenn wider Erwarten eine Steigerung der Erträge in der deutsche Wirtschaft eintreten sollte. Darum verdient die andere Möglichkeit, die zu schaffende Reichsbeteiligung als Grundlage für große Kreditoperationen zu benutzen, in erster Linie Beachtung. Die Genußscheine des Reiches (bei gewerblichen und kommerziellen Unternehmungen) sollen kein Stimmrecht besitzen, so daß der etwaige Uebergang solcher Rententitel an Ausländer die Ueberfremdungsgefahr für die deutschen Wirtschaft eintreten sollte. Darum zweckmäßiger hält das Reichswirtschaftsministerium anscheinend die Einbringung der Titel in eine öffentliche Bank, die dagegen — analog den Pfandbriefen — neue Generalpapiere ausgeben würde. Es ist unbestreitbar, daß durch solche Finanzmaßnahmen eine mechanisch-gleichmäßige und daher in vielen Fällen nicht gerechte Belastung der deutschen Produktionsunternehmungen stattfinden würde. Dies würde bis zum gewissen Grade die so wünschenswerte Intensivierung unserer Wirtschaft stören. Wichtiger erscheint dagegen der Einwand, daß die Errechnung der Erträge bei gewerblichen und kommerziellen Unternehmungen praktisch nur mit sehr großem Zeit- und Unkostenaufwand geschehen könnte, ohne daß aber die Gewähr für die Richtigkeit einer solchen Rechnung bestünde. Vielleicht kommt eine Mischform der Beteiligung und des Steuerumlageverfahrens (Steuersyndikate) in Betracht. Es ist auffallend, wie wenig die einzelnen deutschen Parteien und die großen Organisationen sich mit der Lösung des deutschen Finanzproblems beschäftigen. Mit einer auch noch so tiefgründigen und zutreffenden Kritik von Regierungsvorschlägen ist es nicht getan. Man spricht bereits von einem wahrscheinlichen Mißerfolg der deutschen Finanzpolitik. In der Mehrheitssozialdemokratie, die bekanntlich zu der Regierungskoalition gehört, sind Bestrebungen im Gange, die Wirthschen Finanzgesetze, — wie sie heute vorliegen, — zu Fall zu bringen. Träfe dies ein, so würden neue Wahlen für den Reichstag zu erfolgen haben. Mindestens also würde abermals ein großes Vacuum in der Reichsfinanzpolitik entstehen und durch einen neuen Mann abgelöst werden, der auch wieder von vorn anfangen würde. Zaghaftes, tatenloses Warten ist in unserer gegenwärtigen Lage schlimmer als selbst ein Fehlgriff in der Wahl der Mittel.

Dr. Croll.

Rathenau in französischer Darstellung.

Der Dozent für Nationalökonomie an der Universität Paris, Professor Dr. Gaston Raphael, ist mit einer zusammenfassenden kritischen Monographie über das Leben und die politischen und ökonomischen Lehren Walther Rathenaus an die Oeffentlichkeit getreten. (Das soeben auch in deutscher Bearbeitung im Verlag von Ernst Litfaß Erben erschienen ist.)

Der französische Verfasser führt aus: „Deutschland ist besiegt und hat auch für die voraussichtliche nächste Zukunft seine überwiegende Stellung in der Welt eingebüßt; wir können uns dazu gar nicht genug Glück wünschen. Aber wir dürfen auch nicht seinen vorher so glänzenden Aufschwung vergessen, den es Eigenschaften verdankt, die unmöglich in einem einzigen Tage verschwunden sein können. Es wird sich verkleinern, aber nicht vom Erdboden auszulöschen sein! Die eifrigsten Anstrengungen von 60 Millionen Einwohnern werden danach streben, ihm sobald wie möglich wenigstens einen Teil seines verlorenen Glückes wiederzugeben; die Wahlen, die Erörterungen der Nationalversammlung zu Weimar, die Bekämpfung der Förderer der Unordnung, insbesondere des bösen Willens in der Ausführung der wirtschaftlichen Klauseln des Waffenstillstandes und dann des Friedensvertrages beweisen deutlich, daß dieses Volk vor allem wünscht, seine Industrie und Handelstätigkeit wieder aufzunehmen. Ob wir es wünschen oder nicht, wir werden doch bald wieder diesem gefährlichen Konkurrenten ins Auge sehen müssen. Es handelt sich nun nicht etwa darum, uns über seine Lebenskraft und seine Methoden in Aufregung zu versetzen und sie um jeden Preis mechanisch nachbilden zu wollen, sondern es kommt vor allem darauf an, daß wir wissen, daß Deutschland täglich und stündlich diesen Nachkrieg mit derselben Sorgfalt und demselben Ehrgeiz vorbereitet, wie es das in dem eigentlichen Kriege getan hatte. Es gilt um unserer Zukunft willen, uns das ohne Zögern ernstlich klar zu machen.

Den deutschen Brandschatzungen und anderen deutschen Gewalttätigkeiten gegenüber, wie sie im Kriege vorgekommen sind, ist kein Schwanken möglich; wir teilen die Entrüstung und das Entsetzen, das sie bei allen Menschen, die überhaupt noch ein Gewissen haben, erregen. Ein auf Grund des Friedensvertrages einzusetzender besonderer Gerichtshof wird wohl auch möglicherweise über einen Walther Rathenau abzuurteilen und ihn dann entweder zu verdammen oder die Rechtfertigung, die er bereits jetzt der Oeffentlichkeit zu geben begonnen hat, als völlig begründet anzuerkennen haben. Wir Franzosen nun sind so weit davon entfernt, über diese Verhandlungen hinweggleiten zu wollen, daß wir sie im Gegenteil immer wieder bekanntgeben werden. Sollten sie etwa dazu geschaffen erscheinen, die Sympathie zu ersticken, so laden sie doch hinwiederum auch andererseits ein, einen solchen Gegner zu studieren und ihm um so freier ins Gesicht zu schauen, je gefährlicher er anzusehen ist.

Aber auch unter einem anderen Gesichtspunkte darf die Haltung Walther Rathenaus während des Krieges nicht von der Prüfung seiner Theorien ablenken. Es wäre wirklich recht ungeschickt, seine persönliche Befähigung in Zweifel ziehen zu wollen. Es ist doch zu bedenken, daß hier derjenige, der uns etwas über wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sagen hat, gleichzeitig auch der Leiter von industriellen Unternehmungen ist, die zu den ersten Deutschlands zählen, und ein Mann, der die Dinge und die Menschen zu beobachten, nachzudenken, seine Blicke über das alltägliche industrielle Leben hinwegschweifen zu lassen und die materiellen Fragen unter einem philosophischen Gesichtspunkte zu betrachten versteht. Seine sehr ausgedehnte Tätigkeit stammt nicht erst von heute und gestern, sondern bereits von langer Zeit her. Er hat nicht erst die durch den Krieg hervorgerufenen unnormalen Schwierigkeiten abgewartet, um nun auch von sich aus eine Lösung für die großen sozialen Probleme bringen zu wollen. Seine bedeutendsten Werke sind schon vor dem Jahre 1914 entworfen, geschrieben oder veröffentlicht worden. Der Wert seiner Reformpläne übersteigt um ein beträchtliches den Wert der vielen kleinen Notbehelfe, wie sie sich aus den jeweiligen zufälligen Bedürfnissen der Stunde und des Tages ergeben. Als Geisteserzeugnisse eines Fachmannes und Denkers in einer Person haben sie die doppelte Eigenart: nämlich einmal eine allgemeine Bedeutung zu haben, und dann wieder: nicht etwa bloß im Gebiete der Theorie stecken zu bleiben. Möge das Werk Walther Rathenaus in einem vollen oder teilweisen Umfange bereits morgen oder auch erst später zur Durchführung kommen, es trägt höchstwahrscheinlich in wirksamer Weise zum Wiederaufbau Deutschlands bei und ermöglicht ihm ebenso wahrscheinlich, seinen wirtschaftlichen Kampf aufs neue erfolgreich bestehen zu können. Wie sollte es da von uns ignoriert werden dürfen?"

Der Katholikentag in Frankfurt a. M.

Die 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, ist beendet. Der Andrang zu den letzten öffentlichen Versammlungen im Schumann-Theater und Hippodrom war so gewaltig, daß die Riesenbauten die Massen nicht fassen konnten. Das erste Thema der Versammlung: „Stärkung der Schwankenden, Sammlung der Entfremdeten", behandelte Pfarrer Pontet. Er wies besonders auf die Not der isolierten Gemeinden hin. Die katholische Heimat müsse in enger Verbindung mit der Diaspora bleiben. Der Entfremdeten müsse sich besonders das Vereinswesen annehmen, das durch die katholischen Akademiker veredelt werden müsse. Ein weiteres Hilfsmittel sei das katholische Buch und schließlich die persönliche Tätigkeit. Ueber das gleiche Thema verbreitete sich mit der größten systematischen Ausführlichkeit Karl Gröber aus Konstanz. Er gab die religiösen Zersetzungsvorgänge, besonders im werktätigen Volke, zu. Die geschlechtliche Jugendreife erzeuge eine Kritisiersucht. Dem Gefühlsüberschwall im Kriege sei die Reaktion gefolgt, die Resolution als Geist der Autoritätslosigkeit. Der Unglaube rege sich rechts und links und aus der Mitte. Redner fordert Zusammenschluß und Zusammenarbeit im Apostolat der katholischen Wissenschaft, der Kunst, der Liebe, der Tat und des Wortes. Daneben das Machtwort der Presse.

Ueber die Lage der katholischen Presse machten Schriftsteller Eberle aus Wien und der rheinische Pfarrer Rosch mahnende Ausführungen. Eberle wies auf die Macht der amerikanischen Assoziated-Press hin, die 20 Millionen Menschen Tendenzen suggeriere. Er hob die außergewöhnliche Not der katholischen Presse hervor, welche Presse im Vergleich zur Bedeutung des Katholizismus sehr klein sei. Trefflich waren auch die Ausführungen des Pfarrers Rosch über das gleiche Thema. Er geißelte die „politische Stänkerei", an der Deutsche mehr als die anderen Völker leiden, und bedauerte neben der finanziellen Not die mangelnde intellektuelle Unterstützung der katholischen Presse.

Das letzte Thema des Katholikentages, „Freiheit, Autorität und Kirche" behandelte Bischof Prohaska aus Ungarn. Die Welt sei an entfesselter Freiheit des Irrtums und der Habgier zugrunde gegangen. Wir seien Zeuge des Unterganges einer Kulturperiode, des Verschwindens eines großen Wahnes. Die katholische Kirche verdamme die Freiheit, die den Menschen auf die Autonomie seines Denkens und Wollens stellt. Mit dem Individualismus wachse der egoistische Lebenswille ins Unkraut. Wenn Europa keine Mythe werden wolle, müsse seine Kultur wieder christlich werden. Diese Aufgabe könne nur durch hochgemute Operation von seiten der Autorität gelöst werden. Weihbischof Sproll behandelte das gleiche Thema im Hippodrom. Er betonte ebenfalls besonders die Notwendigkeit der Autorität, deren schöpferische Kraft man übersehe. Sie halte zusammen, einige und gebe das Bewußtsein der Sicherheit. Als Gleichnis führte er das Große und Imponierende des Deutschen Heeres an, solange es unter einer Autorität stand.

Brausender Beifall unterbrach oft die einzelnen Redner, der sich nach dem Schlußgruß des Präsidenten zu langanhaltenden stürmischen Kundgebungen gestaltete.

Deutschlands Not und die deutschen Katholiken.

Ueber das gleiche Thema „Deutschlands Not und die deutschen Katholiken" führte der preußische Landtagsabgeordnete Oberregierungsrat Dr. Heß-Koblenz auf dem Katholikentage in Frankfurt aus: Was ist Deutschlands Not? Liegt sie darin, daß wir im größten Krieg besiegt worden sind? Daß wir in mühseliger Fron jahrzehntelang Milliardenschulden abtragen müssen? Daß man uns neben unserem ganzen Kolonialbesitz große Stücke kerndeutschen Landes entrissen hat? Daß Deutschland nicht einmal mehr fremde Räuberhanden von seiner Heimaterde vertreiben durfte? Ja, das alles ist entsetzlich, aber darin erschöpft sich unsere Not nicht. Zu der riesigen materiellen Not kommt noch ein schwerer innerer Krankheitsprozeß hinzu: Deutschland steht im Banne einer tiefen moralischen Zügellosigkeit, die dadurch nicht gemildert wird, daß die ganze Welt mehr oder weniger von ihr befallen ist. Die wichtigste Aufgabe der ersten Katholikenversammlung nach dem Kriege ist es, der seelischen Not unseres Volkes nachzuspüren. Für den inneren Gesundungsprozeß Deutschlands ist es von unabsehbare Bedeutung, daß gerade unter uns Katholiken volle Einmütigkeit herbeigeführt wird. In unserer Geschlossenheit liegt unsere staatspolitische Sendung. Was auch in unsere Reihen die meiste Verwirrung getragen hat, das ist die Umwälzung der deutschen Staatsverfassung. Deshalb zunächst Klarheit über unser Verhältnis zum Staat. Wir sind darüber einig, daß die Revolution ein ruchloses Verbrechen war. Heute stehen wir aber vor einer Tatsache, die man freilich nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der historischen Entwicklung abtun soll. Das Bekenntnis zu einer Staatsform ist nicht einfach eine Angelegenheit der historischen Logik. Die Meisten von uns haben sich mit dem deutschen Volksstaat deshalb abgefunden, weil sie sich sagten, daß an der geschaffenen Tatsache ohne den grauenvollsten Bürgerkrieg nichts zu ändern wäre. Zahllosen unter uns ist dabei der Abschied von der deutschen Monarchie durch die Erinnerung nicht gerade erschwert worden, welcher Behandlung wir Katholiken unter den früheren Gepflogenheiten der Verwaltung dauernd ausgesetzt waren. Die Frage nach der besten Staatsform läßt sich überhaupt nicht abschließend beantworten. Es besteht keine Notwendigkeit innerhalb einer Glaubensgenossenschaft eine Art von dogmatischer Einigkeit über sie herbeizuführen. Aber über der Staatsform steht der Staat selbst, und diesen muß ich als Katholik bejahen. Hertling kommt in seinem Buch „Recht, Staat und Gesellschaft" zu folgendem Resultat: „Der Staat geht auf göttliche Anordnung zurück". Also ist es für den Katholiken eine sittliche Pflicht, sich ihm zu widmen. Daraus folgt aber keine Beschränkung des Rechtes auf Kritik. Aber es gibt eine aufbauende und eine niederreißende Kritik. Die erste will den Bestand des Vaterlandes unter allen Umständen sichergestellt wissen. Die niederreißende Kritik dagegen denkt nicht darüber nach, daß auch passives Beiseitestehen schon zu schwerer Pflichtvergessenheit einem Staatswesen gegenüber werden kann. Es muß offen gesagt werden, daß man in unseren Kreisen diese kritisch-ablehnende Haltung namentlich bei den Intellektuellen findet. Wir haben immer darüber geklagt, daß der katholische Akademiker zu wenig Fühlung mit dem öffentlichen katholischen Leben habe. Es fehlt ihm daher sozusagen der sichere staatspolitische Instinkt, den man beim werktätigen Volke so oft beobachten kann. Dabei wird man freilich nicht übersehen dürfen, daß es für die Beamtenlaufbahn früher ein fast unübersteigliches Hindernis war, als ausübender Katholik bekannt zu sein. Dazu kam, daß Hand- und Kopfarbeit in ihrer Wertung völlig vertauscht scheinen. Der ungelernte Arbeiter steht sich heute oft besser, als der Mann, der ein halbes Leben auf seine Berufsvorbereitung verausgabt hat. Dabei wäre es verhängnisvoll, wenn Deutschland an dem Abbau seiner geistigen Oberschicht gehen wollte. Aber daran wird nicht gedacht. So gesund es ist, daß heute wirklich bedeutende Menschen zu Staatsgeschäften berufen werden können, ohne daß sie durch Prüfungen abgestempelt sind, so wenig wird dadurch der vollgültige Wert des Studiums als Regel betroffen. Insbesondere rufe ich unseren katholischen Akademikern zu: Kritisiert soviel ihr wollt, aber steht nicht abseits, sondern tretet in die Reihen und arbeitet mit. Beim Begriff des Wiederaufbaues geht Deutschland zunächst unwillkürlich in rein materiellen Vorstellungen. Man darf aber nicht in den Trugschluß verfallen, daß mit der Ueberwindung der Materialfrage auch die geistige Krise überwunden wäre, in der Deutschland mit der ganzen zivilisierten Welt liegt. Die Schaffung materieller Lebensmöglichkeiten würde lediglich zu neuheidnischer Zivilisation führen, mit der der Untergang der abendländischen Kultur besiegelt wäre. Dann aber wehe namentlich all denen, die auf einen gerechten Ausgleich von Kapital und Arbeit angewiesen sind; denn mit Gewalt ist er nicht zu erzwingen. Entweder wird die Christuslehre anerkannt oder der Mammonismus ist keine Sünde. Dieser sitzt aber zu tief in allen Völkern und alle Stände sind von ihm erfaßt. Der Geist ist es, an dem gefrevelt wird. Die Barmherzigkeit ist uns abhanden gekommen. Die soziale Frage aber wird ohne Christus im wütenden Klassenkampf verfahren und in alle Ewigkeit nicht über das Niveau der rücksichtslosesten Machtpolitik hinausgelangen. Des Rätsels Lösung kann nur im Ausgleich gefunden werden, den man nicht durch Menschenwitz, sondern nur durch Christenwille findet. Zumal heute, wo wir vor total neue soziale Aufgaben gestellt sind. Auf der einen Seite eine dünne Oberschicht von Besitzenden, auf der anderen ein katastrophales Hinabgleiten gewaltiger Massenstände. Dazu die entsetzliche Wohnungsnot, das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das Heer der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Hier ist der Weg, den die deutschen Katholiken zu gehen haben. Wir müssen uns zu einem Kreuzzug für die christliche Charitas sammeln: Der Not eines ganzen Volkes ist nur vom Boden des Staates aus beizukommen. Staatliche Gemeinschaft aber regelt sich ganz nüchtern an Gesetzen und ihrer Ausführung. Es kommt also darauf an, in welchem Umfange eine große Idee den Geist der Gesetzgebung und Verwaltung zu beeinflussen vermag. Unser Schicksal verlangt heute vom Katholiken mehr als stille Anbetung. Er soll den Willen zur Tat haben, zur christlich-nationalen Aufbauarbeit an unserem zusammengebrochenen Volke. Die meisten von uns haben das, Gott sei Dank, begriffen. Ohne den deutschen Katholizismus mit seinem im besten Sinne des Wortes konservativen Schwergewicht war das deutsche Reich dem Verfall preisgegeben. Schließlich ist das deutsche Volksproblem aber auch ein internationales. Aus der Weltkatastrophe heraus ringt der Gedanke nach dem Völkerfrieden um neues Leben, nicht zuletzt in Deutschland; und die deutschen Katholiken wollen sein Bannerträger sein. Auch diese letzte und erhabenste politische Idee können wir

nur wirksam vertreten, wenn wir uns einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Staatsgeschäfte sichern. Das sind die Gründe, aus denen der deutsche Katholik seine Stellung zum Reiche nicht durch Erwägungen beeinträchtigen lassen darf, deren Ursprung im Gefühlsleben zu suchen ist. Das fordert manchmal allerdings eiserne Selbstüberwindung. Was für ein großes Beispiel aber haben uns da unsere katholischen Frauen gegeben! Das Bewunderungswerteste aber scheint mir die unbeirrbare Sicherheit zu sein, mit der unsere Frauenwelt in der Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls der deutschen Katholiken die Voraussetzung für die Geltendmachung unserer Anschauungen im Dienste des Vaterlandes erkannt hat. In Erinnerung an die schweren Zeiten wird uns Männern die Tapferkeit und Treue unvergeßlich bleiben, mit der namentlich die in die Parlamente entsandten katholischen Führerinnen im Kampfe ausgeharrt haben. Den katholischen Frauen war es vorbehalten, uns allen zu zeigen, wie man katholischen Korpsgeist pflegen soll. Dieser Korpsgeist soll Gemeingut der deutschen Katholiken werden zum Segen für unser unglückliches Volk und das arme deutsche Vaterland.

Die Unzulänglichkeiten der Steuergesetzgebung.

Die Handelskammer Berlin hat in ihrer letzten Vollversammlung folgende Entschließung zu den neuen Steuerplänen angenommen: Zur Erfüllung der Verpflichtungen des Reichs müssen alle Steuerquellen soweit erschlossen werden, als es für das Wirtschaftsleben überhaupt erträglich ist. Keine wie immer geartete Finanzreform darf jedoch an der Tatsache vorübergehen, daß die in den letzten Jahren erlassenen Steuergesetze, die einen Teil der Quellen völlig oder doch nahezu zu erschöpfen geeignet sind, bisher nur ganz mangelhaft durchgeführt wurden. Steuern von offenbar sehr erheblicher Tragweite harren noch der Einziehung. Bei manchen ist nicht einmal die Veranlagung der Steuerpflichtigen erfolgt. Deshalb ist die Wirkung dieser Gesetze weder auf die Reichseinkünfte noch auf das Wirtschaftsleben derart in die Erscheinung getreten, wie es vor Inangriffnahme einer neuen Finanzreform an sich geboten wäre. Die schleunige Nachholung des hier Versäumten kann nicht dringend genug empfohlen werden. Insoweit neue Steuern notwendig sind, werden Handel und Industrie sich unter den obwaltenden Verhältnissen damit abfinden, mit der Landwirtschaft, neben Verbrauch und Verkehr bis an die Grenze des Möglichen zu deren Aufbringung herangezogen zu werden. Der Grundgedanke der von der Regierung geplanten Reform, die Mehrbeträge aus direkten und indirekten Steuern zu gewinnen, ist somit zu billigen. Die Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen, unter Wahrung dieses Grundgedankens, behält sich die Handelskammer vor. Die Kammer erkennt es aber als ihre Pflicht, sofort nachdrücklich zu betonen, daß alle neuen Steuern eine Gesundung unserer Finanzwirtschaft niemals erzielen werden, wenn nicht zugleich durch Hebung der Gütererzeugung die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft wesentlich erhöht wird. Geschieht letzteres nicht, so werden die neuen Steuern ein gewaltiges Anschwellen der Teurung und damit der Gehälter und Löhne zur Folge haben und den Niedergang nicht abwenden, sondern beschleunigen. Das kann nur dadurch vermieden werden, daß man sich entschließt, die bestehenden schematischen Hemmnisse gegen die Betätigung der vollen Arbeitskraft jedes einzelnen zu beseitigen. Ebenso müssen die Beschränkungen fallen, welche die wirtschaftliche Gesetzgebung als Kriegs- und Uebergangsmaßnahmen den Erwerbsständen auferlegt hat, und die sich gegenwärtig nur als produktionsstörend geltend machen. Entschieden ist endlich davor zu warnen, daß gleichzeitig mit den angekündigten Steuerplänen der Regierung, deren Verwirklichung in jedem Falle das Wirtschaftsleben aufs schwerste angreifen wird, noch andre Mittel zur Erfassung des Besitzes gesucht oder gar versucht werden, die von neuem das Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Belastungen verschieben und, zumal in Verbindung mit den Steuern, Industrie und Handel vor die Unmöglichkeit organischer Fortentwicklung stellen würden.

Die Wanderlager.

Man schreibt uns: Seit einer Reihe von Jahren ist der Reichs-Schutzverband für Handel und Gewerbe, Sitz Braunschweig, der Vorkämpfer gegen das Wanderlager-Unwesen gewesen. Seiner unermüdlichen Arbeit ist es mit zu verdanken, daß jetzt eine verschärfte Besteuerung der Wanderlager angeordnet ist. Leider genügen die erhöhten Steuern noch keineswegs, um den seßhaften Kleinhandel und das Gewerbe vor diesem Krebsschaden zu schützen. Nach § 147 der Reichs-Gewerbeordnung ist die Abweichung von der Konzession im Gastwirtsgewerbe straffällig. Nach den preußischen Ministererlässen vom 26. August 1889 und 1. August 1890 ist die Errichtung von Gastwirtschaften in Häusern, in denen andere fremdartige Gewerbe betrieben werden, verboten. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Polizeiverwaltung von Liebenwerda (Bez. Halle) erst kürzlich den Vertrieb von Waren durch Wanderläger in Gastwirtschaften streng verboten. Hieraus ergibt sich ein wichtiges Mittel zur Selbsthilfe gegen die Wanderläger für das ortsansässige Gewerbe. Die Handel- und Gewerbetreibenden aller Plätze sollten bei ihren Gemeindeverwaltungen vorstellig werden und auf Grund dieser Bestimmungen ein entsprechendes Verbot des Warenvertriebs in Gastwirtschaften anstreben. Die Gemeindeverwaltung wird einen solchen Antrag des ortsansässigen Gewerbes nicht unter den Tisch fallen lassen können. Die Einnahmen an Wanderlagersteuer für die Gemeinden stehen meist in gar keinem Verhältnis zu den Schäden, die die ortsansässigen Gewerbetreibenden, die besten Steuerzahler für jede Gemeinde, durch die Wanderläger erleiden, Schäden, die letzten Endes als auf die ganze Gemeinde zurückwirken. Der Reichs-Schutzverband für Handel und Gewerbe fordert seine gesamten Ortsgruppen und Mitglieder, sowie alle Kreise von Handel und Gewerbe in ihrem eigenen Interesse auf, überall auf obenerwähnte Weise vorzugehen. Der Verband hält sich auch bei allen Einzelfällen bereit, beratend und helfend einzugreifen und erbittet Zuschriften an seine Hauptgeschäftsstelle, Braunschweig, Mittelstandshaus.

Die Goldmilliarde.

Wie sie aufgebracht wurde.

Wie wir schon berichteten, ist es den Bemühungen der Reichsbank mit Unterstützung großer Kredite der Firma Mendelssohn u. Co., gelungen, den Rest der am 31. August fällig gewesenen ersten Milliarde Goldmark pünktlich an die Entente-Gläubiger abzuliefern. Rund 270 Millionen Goldmark entstammen den Krediten, die die Reichsbank durch Vermittlung der Bankfirma Mendelssohn u. Co., in Amsterdam aufgenommen hat. 58 Millionen Goldmark ist der Gegenwert, der aus der Lombardierung der Silbervorräte für die Bezahlung der Goldmilliarde herangezogen wurde. 68 Millionen Goldmark wurden, wie in der Zentralausschußsitzung mitgeteilt wurde, aus dem Goldbestande der Reichsbank entnommen. Weitere 15 Millionen Goldmark wurden vom Reich aus dem freihändigen Ankauf von Gold erworben. Es ergibt sich somit die Summe von rund 411 Millionen Goldmark. Der Rest von rund 589 Millionen Goldmark wurde durch Devisenkäufe der Devisenbeschaffungsstelle zur Verfügung gestellt.

Unter französischem Joch.

(TU) Die Manöver der französischen Besatzungstruppen haben sich in der letzten Zeit zu einem Aergernis für die landwirtschaftliche Bevölkerung entwickelt. Teilweise sind wochenlang in den davon betroffenen Landgebieten Erntearbeiten unmöglich gemacht worden. Nach einer neuerlichen Bekanntmachung des Kreisamtes werden zwischen dem 13. und 24. September und zwischen dem 1. und 12. Oktober jeden Vormittag zwischen 5 und 12 Uhr außer Donnerstags und Sonntags Scharfschießen mit Gewehren, Maschinengewehren und Geschützen auf den Geländen zwischen den Ortschaften Herrnsheim, Heidelheim, Pfeddersheim, Priesheim und anderen Orten veranstaltet. Den Einwohnern bleibt so nur ein Wochentag und der Sonntag für Erntearbeiten frei.

Die Franzosen in der Irrenanstalt.

Auf Befehl der Besatzungsbehörde mußte die pfälzische Irrenanstalt sofort geräumt werden. Die Anstalt, die von dem Kreise Pfalz mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen erbaut worden ist, wird nunmehr von der Besatzungsbehörde für militärische Zwecke in Anspruch genommen. Infolge des Vorgehens der Besatzungsbehörde müssen nun mehrere hundert Kranke in den bereits überfüllten Anstalten Klingemünster und Frankenthal untergebracht werden. — (Man wird gerne zugeben, daß für einen sehr großen Teil der Franzosen die Irrenanstalt der allein richtige Aufenthaltsort ist!)

Räumungsbefehl der Botschafterkonferenz an Ungarn.

Die österreichische Regierung hat im Laufe des gestrigen Nachmittags von ihrer Pariser Vertretung die Nachricht erhalten, daß die Botschafterkonferenz zu folgendem Beschluß gekommen sei: Die ungarische Regierung wird für alle Vorfälle in Westungarn verantwortlich gemacht und es wird ihr aufgetragen, sofort das gesamte westungarische Gebiet zu räumen. Alle Vorbehalte der ungarischen Regierung seien gegenstandslos, nachdem sich die österreichische Regierung schon von vornherein dafür erklärt hat, die vermögensrechtlichen Fragen nach der Uebergabe Westungarns mit der ungarischen Regierung zu regeln.

*

Kleine Nachrichten.

Reichskanzler Dr. Wirth besuchte gestern den Abg. Diez, der bei dem Attentat auf Erzberger durch einen Schuß durch Oberarm und Lunge verletzt wurde. Das Befinden des Verletzten ist den Umständen nach befriedigend. Er ist außer Lebensgefahr.

Der angekündigte Besuch des Marschalls Foch und seines Generalstabschefs in Warschau wird Anfang September stattfinden. Foch wird etwa 14 Tage in Polen bleiben und während dieser Zeit die Armee und die Festungen besichtigen. Er wird auch den Truppenübungen beiwohnen.

Nach einem drahtlosen Bericht aus Paris hat sich General Lerond mit dem Rordepreß nach Oberschlesien begeben.

Nach einer drahtlosen Meldung aus Ostende trafen dort mit dem Dampfer „Lüttich" 151 schottische Grenadiere ein, die nach Köln dirigiert werden. Eine zweite Abteilung englischer Soldaten wird heute in Doover erwartet und übermorgen eine dritte Abteilung von 300 Mann, die gleichfalls für Oberschlesien bestimmt sind.

Laut Vossischer Zeitung wurde die für Mittwoch angesetzte Kundgebung der S.P.D. und K.P.D. in Oppeln durch die interalliierte Abstimmungskommission verboten. Im Anschluß an das Verbot wurde der Belagerungszustand für das Industriegebiet um einige Tage verschoben.

Wie die Grazer Tagespost aus Agram meldet, hat die Polizei eine Verschwörung Jugendlicher entdeckt, die sich zur Aufgabe stellte, anläßlich des Begräbnisses König Peters den Minister des Innern zu ermorden.

Tagesereignisse.

— **Zur Frage der Kabinettsbildung in Preußen** schreibt die sozialdemokratische Korrespondenz u. a.: Die Regierung Stegerwald-Dominicus unterscheidt sich von der Regierung Kahr in nichts, außer darin, daß sie schwächer ist. Die Umbildung der Regierung in Preußen kann keine Umbildung der Regierung Stegerwald sein.

— **(Uebertritt des Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn zur Deutschnationalen Volkspartei.)** Auf dem Deutschnationalen Parteitage teilte der Vorsitzende Staatsminister Hergt gestern mit, daß der Zentrumsführer Prof. Dr. Spahn aus Anlaß der jüngsten Vorgänge sich endgültig entschlossen habe, zu der Deutschnationalen Volkspartei überzutreten. Prof. Spahn hat darauf den Grund für seinen Austritt aus dem Zentrum und seinen Uebertritt zu den Deutschnationalen erklärt, weil in der Zentrumspartei immer noch zu sehr die Sonderinteressen unter Hervorhebung eines allzu konservativen Charakters im Vordergrunde ständen. Dabei komme beim Zentrum noch das Moment in Betracht, daß eine Fühlungnahme sich vor allem bei Erzberger immer mehr nach links bemerkbar mache. Der Tod Erzbergers habe seinen Entschluß, sich für rechts oder links zu entscheiden, noch beschleunigt. Es sei für ihn nur der Weg nach rechts in Frage gekommen.

— **(Neue Erhöhung des Zeitungsdruckpapiers.)** Die Verhandlungen zwischen den Verbänden der Zeitungsverleger und der Zeitungsdruckpapierfabrikation führten zu dem Ergebnis, daß der Papierpreis für Zeitungsdruckpapier für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. Js. um 17,50 Mark für 100 Kilogramm Rollenpapier, also auf durchschnittlich rund 348 Mark erhöht wird.

— (Die Mitglieder des Hilfsausschusses für Rußland verhaftet.) Das französische Ministerium des Aeußeren erhielt von verschiedenen Seiten die Bestätigung, daß der allrussische Hilfsausschuß für die Hungernden von der Sowjetregierung aufgelöst worden ist, die die Mitglieder dieses Ausschusses am Samstag verhaften ließ. Es tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor, daß die Sowjetregierung den Versuch macht, die Aktion in die Hand zu nehmen und als Bedingung eines Abkommens mit den Nansenausschuß die Stellung eines Kredits von 10 Millionen Pfund, dessen Verteilung sie sich selbst vorbehält, verlangt habe.

Westfalen und Rheinland.

⚔ **Sölde**, 2. Sept. **Einen tragischen Tod** fand am Montag hierselbst der 33jährige ledige Sohn Fritz des Landwirts Middendorf. Er war auf der Holzwickeder Straße mit den Arbeitern Koke und Hugo aus Sölde zusammengetroffen und von ihnen zur Ausgabe von geistigen Getränken angehalten worden. Als er sich aber dazu nicht bereit fand, schlugen ihn die Genannten, so daß er hilflos am Wege liegen bleiben mußte. Erst später schleppte sich M. in die Scheune des Gastwirts Hirtenschmidt, woselbst er am anderen Morgen verstorben ist. Ob dieser Tod auf die erlittenen Schläge zurückzuführen oder durch einen anderen Umstand eingetreten ist, kann erst die Obduktion der Leiche ergeben, die seitens der Staatsanwaltschaft angeordnet ist und in der Leichenhalle zu Aplerbeck stattfindet. Die Täter waren beim Gerichts in Hörde inhaftiert, sind aber bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

⚔ **Sölde**, 2. Sept. **(Schwerer Einbruchsdiebstahl.)** In die im Hause des Metzgermeisters Nettelmann untergebrachte Kleiderstelle des Landkreises Hörde drangen in der Nacht zum 27. August Diebe, nachdem sie zuvor ein im Oberlicht der Haustür befindliches Gitter entfernt und dadurch in den Besitz von Schlüsseln gekommen waren. Die Einbrecher unterzogen die Lagerbestände einer eingehenden Durchsicht und ließen schließlich 14 blaue Anzüge, mehrere graublaue Anzüge, eine Anzahl Hosen, mehrere Ballen Frauenkleiderstoffe sowie Leinen und Schürzenzeuge mitgehen, wodurch der Schaden sich auf etwa 40 000 Mark beläuft. Die sofort angestellten Ermittlungen sind noch ergebnislos verlaufen. — Das Kreiswirtschaftsamt Hörde hat auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

*

Dortmunder Schwurgericht.

Dortmund, 2. Sept. Vor dem Schwurgericht hatten sich die Bergleute Max Wabinski und Ewald Titschert aus Altenderne-Oberbecker sowie Adolf Behr aus Münthe zu verantworten, weil sie die Täter der in der Derner Gegend verübten drei Raubüberfälle auf die Konsumanstalt der Zeche Preußen in Altenderne-Oberbecker, beim Landwirt Heinrich Kohl in Altenderne und beim Schmied Anton Klinkhammer in Horstmar sein sollten. In allen Fällen waren die Täter mit schwarzen Masken erschienen, hatten den Ueberfallenen unter „Hände hoch!" Revolver vorgehalten und dann, wie noch bekannt sein dürfte, unter Mitnahme guter Beute das Weite gesucht. Es hat lange gedauert, bis die Nachforschungen zur Einleitung des Gerichtsverfahrens Anlaß gaben. Außer den drei Angeklagten waren noch 6 andere Personen in Untersuchung gewesen; 4 davon sind außer Verfolgung gesetzt worden, zwei, die flüchtig sind, werden steckbrieflich verfolgt. — Bei einer Haussuchung sind bei Wabinski, bei dessen Eltern ein Verdächtiger wohnte, Masken, Bärte, ein Bund Dietriche, zwei Revolver, die in einem Schrank versteckt angenagelt waren, usw. gefunden worden. Die Masken will Wabinski auf Maskenbällen getragen haben; er sei überall zur Stelle gewesen, wo Maskenball war. Die Dietriche — in allen Größen — habe er sich angefertigt, um in den Brotschrank zu kommen, wenn seine Angehörigen abwesend waren. Die Revolver will er von Behr erhalten haben.

Alle drei Angeklagten bestritten die ihnen zur Last gelegten Taten und führten durch Vorgesetzte und Mitarbeiter, durch Verwandte und Bekannte den Nachweis, daß sie in den kritischen Zeiten entweder in der Grube, zu Hause oder in Gesellschaft anderer Personen gewesen sind. Die Geschworenen verneinten darauf sämtliche Schuldfragen, sodaß die Freisprechung zu erfolgen hatte.

*

Gelsenkirchen, 2. Sept. **(Eine Versammlung evangelischer Arbeiter.)** Hier tagte eine gut besuchte Konferenz der führenden evangelischen Arbeiter in der christlichnationalen Arbeiterbewegung, die aus den Bezirken Gelsenkirchen, Bochum, Recklinghausen, Buer und Essen beschickt war. Der Beamte Wehner von der Hauptverwaltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter besprach die Stellung der evangelischen Arbeiter zu den wirtschaftlichen, religiösen und politischen Fragen, woran sich in zustimmendem Sinne eine lebhafte Erörterung anschloß. Die von den Rednern vorgetragene Auffassung kam in folgender, einmütig gefaßter Entschließung zum Ausdruck: „Die am 28. August in Gelsenkirchen tagende Konferenz der Vertreter der evangelischen Arbeiter ist sich bewußt, daß die evangelischen Arbeiter größern wirtschaftlichen Organisationen nach den heutigen Verhältnissen angeschlossen sein müssen. Es kann aber den evangelischen Arbeitern, soweit sie wirklich noch auf dem Boden des evangelischen Glaubensbekenntnisses stehen, der Anschluß nur an solche Organisationen empfohlen werden, die dem religiösen Empfinden der evangelischen Arbeiter entsprechen. Nach den zurückliegenden und ganz besonders nach den heutigen Erfahrungen können dieses nur die christlichen Gewerkschaften sein. Die Teilnehmen der Konferenz geloben, alles daranzusetzen, ihre Glaubensbrüder aufzuklären und sie restlos den christlichen Gewerkschaften zuzuführen. Auf religiösem Gebiete halten die Konferenzteilnehmer an den alten bewährten evangelischen Grundsätzen fest und weisen jeden, der es versucht, ihnen neue Religionsformen beizubringen, entschieden zurück. Die Konferenz hält an der Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen fest und wird den Kampf gegen eine allgemeine Einführung weltlicher Schulen aufnehmen. Um diesen Kampf erfolgreich zu bestehen, fordert die Konferenz jeden Glaubensbruder auf, für eine kräftige Stärkung der evangelischen Arbeiter- und Jünglingsvereine einzutreten. Ebenfalls wird von den Funktionären der evangelischen Arbeitervereine verlangt, daß sie für die Stärke der christlichen Gewerkschaften eintreten. Um so zuversichtlicher kann der Kampf der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine mit vereinter Kraft gegen den Unglauben aufgenommen werden. In politischer Beziehung lehnt es die Konferenz ab, den Mitgliedern den Anschluß an eine bestimmte Partei zu empfehlen, weil die christlichnationale Arbeiterschaft bisher den bürgerlichen Parteien gegenüber die Neutralität bewahrt hat und auch ferner daran festhalten wird. Um so mehr verlangt die Konferenz von ihren Mitgliedern, daß sie sich in den bürgerlichen Parteien, denen sie sich angeschlossen haben und noch anschließen werden, aktiv betätigen. Die Konferenz erwartet von den bürgerlichen Parteien, daß sie von der Bildung „gelber Werkvereine" absehen. Die Konferenz bedauert es, daß die deutsche Arbeiterschaft schon zersplittert ist; werden aber nun die gelben Werkvereine durch die bürgerlichen Parteien noch weiter befürwortet, dann wird dadurch die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschwächt, woraus die radikale Arbeiterbewegung Nutzen zieht."

*

Die Verkehrslage im Ruhrrevier.

(TU) **Essen**, 1. Sept. Die Betriebslage im Ruhrrevier blieb auch in der vergangenen Woche weiter günstig. Die Versorgung der Zechen mit Wagen für Brennstoffe konnte gegen die Vorwoche noch weiter gestaltet werden, ohne jedoch die Anforderung ganz zu erreichen. — Der Mangel an gedeckten Wagen blieb in seiner letzten Stärke bestehen. Die Anforderungen an diesen Wagen stiegen weiter, besonders, soweit es sich um Kali, Getreide und Futtermittel handelte. Jedoch wurde es durch ganz besondere Maßnahmen möglich, die Deckung des Bedarfs an gedeckten Wagen für Getreide und Futtermittel in den Duisburg-Ruhrorter Häfen gegen die Vorwoche wesentlich zu steigern. — Für Kohle, Koks und Briketts wurden in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschl. der nachträglich bestellten Wagen 21 146 Wagen angefordert. Gestellt wurden arbeitstäglich im Durchschnitt 20 351 Wagen (Höchstgestellung am 26. 8.: 20 767). Die tägliche Fehlziffer gegenüber der Anforderung betrug also 785 Wagen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die durchschnittliche Gestellung 19 315 Wagen. Die Lagerbestände auf den Zechen nahmen um etwa 9000 Tonnen, nämlich auf 359 096 Tonnen, am 27. 8. zu. Der Wasserstand des Rheins ist in den ersten Tagen der Berichtswoche um einige Zentimeter zurückgegangen. Er erholte sich jedoch bis zum Schluß wieder um ein Geringes. Der Cauber Pegel verzeichnete am 27. 8. einen Stand von 1,40 Meter. Diese Schwankungen haben natürlich eine gewisse Unsicherheit und Zurückhaltung hervorgerufen, sodaß Kahnraum und Schleppkraft reichlich zur Verfügung stehen, wenigstens an der Ruhr. Der Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen betrug im arbeitstäglichen Durchschnitt 22 047 Tonnen (20 493). Der Brennstoffumschlag in den Zechenhäfen der Kanäle blieb mit 26 447 Tonnen annähernd der gleiche wie in der Vorwoche.

(O) **Köln**, 2. Sept. **(Millionenbetrüger.)** Hier wurde nach dem „Kölner Tageblatt" ein Kaufmann festgenommen, der im Verdacht steht, eine Reichsstelle um drei bis vier Millionen Mark betrogen zu haben.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 3. Sept. Mit Freuden habe ich vor einigen Tagen in der „Kamener Zeitung" gelesen, daß die Leibesübungen treibenden Vereine der Stadt beschlossen haben, am 25. September einen Sportplatz-Werbetag zu begehen. Dieser Beschluß ist umso mehr zu begrüßen, als das Interesse für die Turn- und Sportbewegung in Kamen geringer ist, als ich es je in irgendeiner andern Stadt gesehen habe. Da ist es nun Sache der Vereine, immer wieder auf die von ihnen verfolgten Ziele und Zwecke und auf die Notwendigkeit der Leibesübungen hinzuweisen. Tief betrübend ist ja, daß in Kamen, einer Stadt von über 10 000 Einwohnern, nicht ein einziger Sportplatz, der auch nur den geringsten Anforderungen genügt, vorhanden ist. Die Turnvereine müssen sich daher auf Hallenübungen beschränken, die Existenz der eigentlichen Rasensportler ist, besonders bei den kommenden Meisterschaftsspielen, gar gefährdet. M. E. trifft die größte Schuld hieran die betr. Vereine selbst. Weshalb treten sie nicht immer und immer wieder an die Stadtverwaltung oder an die breite Oeffentlichkeit heran und bringen ihre Wünsche vor? Ich glaube doch, daß auch die Stadtväter ein Herz für unsere Jugend haben und von der Notwendigkeit der Schaffung, und zwar der baldigen Schaffung eines Sportplatzes gar wohl zu überzeugen sind, wenn dies noch nicht der Fall ist. Kleinliche Geldfragen sollten hier, wo es sich um das Wohl und Wehe unserer Jugend, unserer Zukunft handelt, doch keine Rolle spielen. Andererseits kann ich mir nicht denken, daß es in Kamen keinen Menschen geben soll, der soviel Mitempfinden für unsere Jugend hat und dazu in der Lage ist, den Vereinen eine Wiese, einen Acker o. ä. zur Verfügung zu stellen, oder aber zu verkaufen oder zu verpachten. Allen Turnern und Sportlern kann ich daher nur empfehlen, immer und überall für ihre Bestrebungen und für einen Spiel- und Sportplatz zu werben. Eine gute Gelegenheit hierfür bietet besonders der Sportplatzwerbetag. Da sollte bei dem Staffellauf, bei den volkstümlichen Wettkämpfen, den turnerischen Vorführungen, den Spielen usw. kein einziger fehlen. Nur werben, immer wieder werben und nicht müde werden, dann werden auch dermaleinst die Wünsche der Turner und Sportler Kamens in Erfüllung gehen, dann wird man auch in Kamen einmal sagen können: Wir haben einen Sportplatz, einen Platz, der allen Anforderungen der Neuzeit gerecht wird.

Ein Sportfreund.

(Eingesandt.)

Kamen, 3. Sept. Mit Freude haben wir in der „Kamener Zeitung" die Nachricht gelesen, daß die neue Brücke über die neue Seseke an der Hilfingmühle (Schalker Wiehenbrauck) eine Fahrdammbreite von 6 Metern, statt der geplanten 5 Meter, erhalten soll und daß beiderseits für Fußgänger ein Weg von 50 Zentimeter Breite vorgesehen sei. Wäre es nun nicht empfehlenswert und nützlich, wenn die Breite dieser Fußsteige auch erbreitert würde? Auf 1 Meter vielleicht? Dann könnten die Passanten sich doch besser ausweichen, ohne vom Fußsteig auf den Fahrdamm treten zu müssen. Das wäre für den Verkehr Kamen—Methler, der doch ziemlich groß ist, nur von Vorteil.

Civis.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 3. Sept. (Sauerländischer Gebirgsverein.) Auch an dieser Stelle sei noch darauf hingewiesen, daß der Bezirk Haarstrang des S. G.-V. am Sonntag, den 4. d. M. in Soest sein 1. Bezirksfest feiern wird. Die Festfolge sieht einen Lichtbildervortrag über bauliche und andere Sehenswürdigkeiten der Stadt Soest, die Besichtigung dieser Sehenswürdigkeiten unter sachkundiger Führung und musikalische, gesangliche und deklamatorische Darbietungen vor. Die Teilnahme an dieser Veranstaltung wird allen Mitgliedern der Abteilung Kamen bestens empfohlen. Die Abfahrtszeiten von Kamen sind in der Freitagsnummer dieser Zeitung bekanntgegeben.

Sport.

Dortmund, 3. Sept. (Rennen.) Mit dem 11. September ladet der Dortmunder Rennverein die Sportgemeinde zu seinen diesjährigen Herbstveranstaltungen auf dem grünen Rasen ein. Der einleitende Tag wirft ca. 250 000 Mark an Preisen aus. Das Programm ist so aufgestellt, daß Flach- und Hindernisrennen wechseln und so jeder auf seine Rechnung kommt. Das mit 50 000 Mark und einem Ehrenpreise im Werte von 10 000 Mark ausgestattete „August Thöne-Erinnerungsrennen", welches über die Strecke von 3000 Metern führt, hat 43 Unterschriften gefunden. Von den Ausgleichen sind im „Rhein-Westf. Jagdrennen", Ehrenpreis und 40 000 Mark, Strecke 3350 Meter, 49, im „September-Ausgleich", Preise 25 000 Mark, Strecke 1600 Meter, 45 Nennungen abgegeben worden. Für die übrigen Rennen ist Nennungsschluß am 30. August. Mit Mittwoch, den 14. September, nimmt das Meeting seine Fortsetzung und endigt am Sonntag, den 18. September. Der letzte diesjährige Renntag in Deutschland findet wieder in Dortmund am Sonntag, den 6. November, statt. Die Rennen beginnen Punkt 2½ Uhr.